

Frankfurter Kommentar
zu EUV, GRC und AEUV



Frankfurter Kommentar

zu

EUV, GRC und AEUV

herausgegeben von

Matthias Pechstein

Carsten Nowak

Ulrich Häde

Mohr Siebeck

2017

Matthias Pechstein, geboren 1958; 1985 1. Jur. Staatsexamen; 1987 Promotion; 1989 2. Jur. Staatsexamen; 1989/90 Tätigkeit im Bundesministerium des Innern (Bonn); 1994 Habilitation; 1993–1995 Richter am Verwaltungsgericht Berlin; seit 1995 Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Öffentliches Recht mit Schwerpunkt Europarecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Carsten Nowak, geboren 1965; 1993 1. Jur. Staatsexamen; 1997 Promotion; 1998 2. Jur. Staatsexamen; 2008 Habilitation; seit 2009 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Europarecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Ulrich Häde, geboren 1960; 1986 1. Jur. Staatsexamen; 1989 2. Jur. Staatsexamen; 1991 Promotion; 1996 Habilitation; 1991/92 und 1996/97 Tätigkeit im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen (München); seit 1997 Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht, Finanzrecht und Währungsrecht an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Zitervorschlag: Bearbeiter, in: Pechstein/Nowak/Häde (Hrsg.), Frankfurter Kommentar EUV/GRC/AEUV, Art., Rn.

ISBN 978-3-16-151864-5 (Gesamtwerk)

ISBN 978-3-16-155044-7 (Band I)

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2017 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von pagina GmbH in Tübingen aus der Rotation gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden. Den Umschlag entwarf Uli Gleis in Tübingen.

Printed in Germany.

Vorwort

Ein neuer Großkommentar zum Recht der Europäischen Union – bedarf es dessen in Anbetracht der vorliegenden, bedeutenden Werke dieser Art? Die über 60 Autoren, sämtlich hochqualifizierte Experten des Europarechts, der Verlag Mohr Siebeck (Tübingen) und das an der Juristischen Fakultät der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) gegründete „Frankfurter Institut für das Recht der Europäischen Union“ haben diese Frage bejaht. Mit gutem Grund. Die Europäische Union befindet sich seit einigen Jahren trotz des Inkrafttretens des Lissabonner Vertrags, der der Konsolidierung und Stabilisierung der europäischen Integrationsgemeinschaft dienen sollte, in stürmischer See. Eine Krise folgt der nächsten, ohne dass die vorherigen als wirklich bewältigt angesehen werden können. Auch wenn Krisen die Entwicklung der europäischen Integration seit Anbeginn ständig begleitet haben und sich letztlich vielfach als Auslöser für neue Schübe des Zusammenwachsens erwiesen haben, scheint die Lage der Union dieses Mal doch besonders schwierig, zum Teil fast verzweifelt zu sein. Im Inneren bröckelt der Zusammenhalt, wie die Flüchtlingskrise und die Finanzkrise(n) zeigen, alte Ressentiments zwischen den europäischen Völkern wurden und werden neu belebt, rechtspopulistische, anti-europäische Strömungen erhalten gefährlichen Zulauf, nach außen hin mangelt es der Union in wesentlichen weltpolitischen Fragestellungen weiterhin an Geschlossenheit, ihre eigene militärische Wehrfähigkeit ist immer noch zu vernachlässigen. Zum ersten Mal hat auch ein bedeutender Mitgliedstaat seinen Austritt aus der Union beschlossen. Sind dies alles Zeichen der Auflösung? Stellt ein neuer Großkommentar, wie vielleicht auch die anderen neu erschienenen Großwerke zum europäischen Recht in Anbetracht dieser Entwicklungen den Abgesang auf die Union und ihr Recht dar, den Beginn der Musealisierung, den Übergang zur rechtsgeschichtlichen Darstellung?

Wir meinen: Nein. Die Europäische Union ist nach unserer festen Überzeugung nicht am Ende ihrer Entwicklung angelangt. Sie wird auch aus diesen Krisen letztlich gestärkt hervorgehen. Die Sicherstellung von Frieden und Wohlstand für den europäischen Kontinent mit seinen großen, nur zu leicht übersehenen Unterschieden zwischen den Völkern, ist eine dauerhafte Aufgabe, die nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt als bewältigt angesehen werden kann. Der Fortschritt ist bekanntlich eine Schnecke; dies gilt auch hier. Die Organisation des friedlichen Zusammenlebens der europäischen Völker und ihre Annäherung aneinander bedürfen eines langen Atems und des politischen Denkens in langen Zeiträumen. Nach Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen ist dies aller Mühen wert. Was die Union auf diesem langen Weg durch die Geschichte bislang vor allem zusammenhält ist das gemeinsame, europäische Recht. Von Politikern leicht gering geachtet, von den Bürgern zumeist als zu kompliziert eingestuft und ignoriert ist es doch die entscheidende, wenn auch vielfachen Belastungen ausgesetzte Grundlage der europäischen Integration. Europäische Rechtsetzung und europäische Rechtsprechung aktualisieren und konkretisieren kontinuierlich diese gemeinsame Basis. Den „verfassungsrechtlichen“ Rahmen hierfür bildet aber beständig das Primärrecht der Europäischen Union – insbesondere die Gründungsverträge und die Grundrechte-Charta. Auch diese unterliegen einem ständigen Prozess der Weiterentwicklung durch judikative und rechtswissenschaftliche Interpretation. Dieser verantwortungsvollen Arbeit an den Grundlagen der europäischen Integration ist der vorliegende Kommentar verpflichtet. Die Vielfalt der rechtswissenschaftlich begründeten Auffassungen ist der

Vorwort

Nährboden sachlich fundierter Argumentation zum europäischen Recht und damit zur Europäischen Union insgesamt. Unseres Erachtens ist die weitere konzentrierte Bereicherung dieses Konzerts der sachlich begründeten Auffassungen zum europäischen Recht ein Dienst an der europäischen Integration. Möge der Frankfurter Kommentar auch nach der Auffassung seiner Nutzer diesem Anspruch gerecht werden.

Ein fachlich derart kompetentes Autorenteam dieser Größe zusammen zu bekommen war keine leichte Aufgabe, insbesondere im Hinblick auf die bereits bestehenden Kommentare und ihre Autorenkontingente. Wir sind daher allen Autoren, die sich bereit erklärt haben, an diesem großen Werk mitzuwirken, in hohem Maße dankbar. Dass sich das Erscheinen des Kommentars länger hingezogen hat als zunächst geplant, ist fast schon als unausweichlich zu bezeichnen, auch wenn es den Herausgebern und vielen Autoren, die rechtzeitig ihre Manuskripte abgegeben hatten, eine Menge Geduld abverlangt hat.

Die Erstellung eines so umfangreichen und komplexen Werkes ist nicht möglich ohne ein Team von Mitarbeitern, die sich den vielfältigen technischen Aufgaben mit größter Sorgfalt widmen. Für die Übernahme dieser anspruchsvollen und mühsamen Arbeit und ihre höchst verlässliche Erledigung danken die Herausgeber – stellvertretend für das gesamte Frankfurter Institut für das Recht der Europäischen Union – zunächst und vor allem Herrn *Jan Hindahl*. Er trug die Hauptlast und -verantwortung für die Einhaltung der technischen Standards. Mit seiner äußerst präzisen Arbeit hat er maßgeblich zum Erscheinen des Kommentars beigetragen. Wir danken auch Frau *Henrike Frost*, die diese Aufgaben zu Beginn wahrgenommen hat. Großer Dank gebührt auch Frau *Anastasia Borodina*, die ebenfalls über viele Monate hin an der technischen Arbeit mitgewirkt hat und die insbesondere auch die aufwendige Arbeit der Erstellung eines Gesamtstichwortverzeichnisses übernommen hat. Wir danken ferner Herrn *Ahmet Kilic* für die Mitwirkung an den technischen Arbeiten. Weiterhin danken die Herausgeber Frau *Yvonne Polte*, die sämtliche anfallenden Sekretariatsaufgaben im Zusammenhang mit dem Kommentar erledigt hat. Für die vorzügliche verlegerische Betreuung danken wir Herrn *Dr. Franz-Peter Gillig* vom Verlag Mohr Siebeck (Tübingen).

Frankfurt (Oder), Frühjahr 2017

*Matthias Pechstein
Carsten Nowak
Ulrich Häde*

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Prof. Dr. Sigrid Boysen*, Helmut-Schmidt-Universität Universität der Bundeswehr Hamburg, Professur für Öffentliches Recht, insbesondere Völkerrecht und Europarecht: Art. 217 AEUV
- Prof. Dr. Marten Breuer*, Universität Konstanz, Lehrstuhl für Öffentliches Recht mit internationaler Ausrichtung: Art. 8 EUV; Art. 300–307, 343 AEUV
- Prof. Dr. Christoph Brömmelmeyer*, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Europäisches Wirtschaftsrecht: Art. 101, 102 AEUV
- Prof. Dr. Marc Bungenberg*, LL.M., Universität des Saarlandes, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht: Art. 205–207 AEUV
- Stephanie Dausinger*, Rechtsreferendarin im Bezirk des OLG München: Art. 122, 125, 136 AEUV
- Corinna Dornacher*, Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht: Art. 123, 124 AEUV
- Prof. Dr. Claudio Franzius*, Universität Bremen, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht und Umweltrecht: Art. 4, 48 EUV; Art. 353 AEUV
- Prof. Dr. Walter Frenz*, RWTH Aachen: Art. 1, 2, 5 GRC; Art. 173, 179–190, 197, 222, 325, 346–349, 352 AEUV
- Prof. Dr. Thomas Giegerich*, LL.M., Universität des Saarlandes, Lehrstuhl für Europarecht, Völkerrecht und Öffentliches Recht: Art. 216, 218, 220, 221, Art. 351 AEUV
- Dr. Niklas Görlitz*, Juristischer Dienst des Europäischen Parlaments, Luxemburg: Art. 263, 267 AEUV
- Prof. Dr. Ludwig Gramlich*, TU Chemnitz, Professur für Öffentliches Recht und Öffentliches Wirtschaftsrecht: Art. 63–66, 142–144, 219 AEUV
- Prof. Dr. Jörg Gundel*, Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht: Art. 194, 288, 290, 291 AEUV
- Prof. Dr. Ulrich Häde*, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht, Finanzrecht und Währungsrecht: Präambel, Art. 1–6, 162–164, 174–178, 271, 285–287, 308–324 AEUV
- Prof. Dr. Ulrich Haltern*, LL.M. (Yale), Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Öffentliches Recht, Abt. I: Europa- und Völkerrecht: Art. 28–37, 56–62 AEUV
- Prof. Dr. Andreas Haratsch*, FernUniversität in Hagen, Lehrstuhl für Deutsches und Europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht sowie Völkerrecht: Art. 15–17, 20 EUV, Art. 235–250, 326–334 AEUV
- Prof. Dr. Wolff Heintschel von Heinegg*, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insb. Völkerrecht, Europarecht und ausländisches Verfassungsrecht: Art. 18, 21–46 EUV
- Prof. Dr. Christoph Herrmann*, LL.M., Universität Passau, Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht: Art. 119–126, 136 AEUV
- Prof. Dr. Sebastian Heselhaus*, Universität Luzern, Lehrstuhl für Europarecht, Völkerrecht, Öffentliches Recht und Rechtsvergleichung: Art. 9–12, 55 EUV; Art. 3, 20, 37, 39, 40, 42–46 GRC; Art. 11, 13, 15, 20–25, 191–193, 342, 358 AEUV
- Univ.-Prof. Dr. Hubert Hinterhofer*, Universität Salzburg, Professor für Straf- und Strafverfahrensrecht – Schwerpunkt Wirtschafts- und Europastrafrecht: Art 85–89 AEUV
- Prof. Dr. Gudrun Hochmayr*, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Professur für Strafrecht, insbesondere Europäisches Strafrecht und Völkerstrafrecht: Art. 50 GRC; Art. 82–84 AEUV

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Ass. iur. Nils J. Janson*, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Öffentliches Recht, Abt. I: Europa- und Völkerrecht: Art. 28, 29, 31–33, 35, 37 AEUV
- Prof. Dr. Jörn Axel Kämmerer*, Bucerius Law School, Hamburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völker- und Europarecht: Art. 139, 140 AEUV
- Prof. Dr. Friedemann Kainer*, Universität Mannheim, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, deutsches und europäisches Wirtschafts- und Arbeitsrecht: Art. 49–55 AEUV
- Prof. Dr. Eva Kocher*, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Europäisches und Deutsches Arbeitsrecht, Zivilverfahrensrecht: Art. 27–34 GRC; Art. 8–10, 45–48, 151–161 AEUV
- Prof. Dr. Markus Krajewski*, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Völkerrecht: Art. 26, 35, 36 GRC; Art. 14, 106, 345 AEUV
- Philipp Kubicki*, Wissenschaftliche Dienste, Deutscher Bundestag, Berlin: Art. 19 EUV, Art. 277 AEUV
- Prof. Dr. Jürgen Kühling*, LL.M. (Brüssel), Universität Regensburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Immobilienrecht, Infrastrukturrecht und Informationsrecht: Art. 15–17 GRC
- Prof. Dr. Thomas Lübbig*, Rechtsanwalt in Berlin, Honorarprofessor an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder): Art. 90–100, 168, 170–172 AEUV
- Prof. Dr. Cornelia Manger-Nestler*, LL.M., HTWK Leipzig, Professur für Deutsches und Internationales Wirtschaftsrecht: Art. 127–135, 282–284 AEUV
- Prof. Dr. Nele Matz-Lück*, LL.M., Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht: Art. 195, 196 AEUV
- Dr. Walther Michl*, LL.M., Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Europarecht: Art. 21 GRC; Art. 17–19 AEUV
- Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff*, MAE, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Direktor des Instituts für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht: Art. 3 EUV; Art. 67–80 AEUV
- Dr. Hanns Peter Nehl*, D.E.A., LL.M., Rechtsreferent am EuG, Luxemburg: Art. 47 GRC
- Prof. Dr. Roland Norer*, Universität Luzern, Lehrstuhl für Öffentliches Recht und Recht des ländlichen Raums: Art. 38–44 AEUV
- Prof. Dr. Carsten Nowak*, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Europarecht: Präambel, Art. 1, 7, 13, 47, 51, 52 EUV; Präambel, Art. 25 GRC; Art. 103–105, 107–109, 335, 337–339, 341, 354–356 AEUV
- Prof. Dr. Kerstin Odendahl*, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Walther-Schücking-Institut für Internationales Recht: Art. 165–167, 208–214 AEUV
- Prof. Dr. Eckhard Pache*, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Staatsrecht, Völkerrecht, Internationales Wirtschaftsrecht und Wirtschaftsverwaltungsrecht: Art. 5, 6 EUV; Art. 51–54 GRC
- Prof. Dr. Ingo Palsherm*, Technische Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, Fakultät Sozialwissenschaften: Art. 145–150 AEUV
- Prof. Dr. Matthias Pechstein*, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Jean-Monnet-Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Europarecht: Art. 19 EUV; Art. 251–281, 344 AEUV
- Prof. Dr. Dagmar Richter*, Juristische Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg: Art. 351 AEUV
- Ass. iur. Herbert Rosenfeldt*, Universität Passau, Lehrstuhl für Staats- und Verwaltungsrecht, Europarecht, Europäisches und Internationales Wirtschaftsrecht: Art. 120, 121 AEUV
- Prof. Gerard C. Rowe*, B.A., LL.B., M.T.C.P. (Syd), LL.M. (Yale), Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Professor em. für Öffentliches Recht, Verwaltungsrecht, Umweltrecht, Kommunalrecht, Rechtsvergleichung und ökonomische Analyse des Rechts; Professeur associé, Université du Luxembourg: Art. 23 GRC

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Dr. Marit Sademach*, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbesondere Verwaltungsrecht, Finanzrecht und Währungsrecht: Art. 271, 308, 309 AEUV
- Prof. Dr. Johannes Saurer*, LL.M. (Yale), Eberhard Karls Universität Tübingen, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Umweltrecht, Infrastrukturecht und Rechtsvergleichung: Art. 289 AEUV, Art. 292–299 AEUV
- Prof. Dr. Ralf P. Schenke*, Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Deutsches, Europäisches und Internationales Steuerrecht: Art. 110–113 AEUV
- Prof. Dr. Martin Schmidt-Kessel*, Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Verbraucherrecht: Art. 38 GRC; Art. 12, 169 AEUV
- Prof. Dr. Burkhard Schöbener*, Universität zu Köln, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht: Art. 198–204, 215, 350 AEUV
- Prof. Dr. Rainer Schröder*, Universität Siegen, Professur für Öffentliches Wirtschaftsrecht, Technik- und Umweltrecht: Art. 54 EUV; Art. 48, 49 GRC; Art. 7, 357 AEUV
- Dr. Sibylle Seyr*, LL.M., Juristischer Dienst des Europäischen Parlaments, Luxemburg: Art. 270, 336 AEUV
- Dr. Paulina Starski*, LL.B., Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg: Art. 137, 138, 141 AEUV
- Dipl.-iur. Sarah Katharina Stein*, MLE, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, Institut für Öffentliches Recht, Abt. I: Europa- und Völkerrecht: Art. 56–62 AEUV
- Prof. Dr. Michael Stürmer*, M.Jur. (Oxon), Universität Konstanz, Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales Privat- und Verfahrensrecht und Rechtsvergleichung, Richter am OLG Karlsruhe: Art. 81 AEUV
- Dr. Peter Szczekalla*, Deutsches Verwaltungsblatt (DVBl) und Hochschule Osnabrück: Art. 14, 50 EUV; Art. 223–234 AEUV
- Prof. Dr. Jörg Philipp Terhechte*, Leuphana Universität Lüneburg, Lehrstuhl für Öffentliches Recht, Europäisches und Internationales Recht sowie Regulierungs- und Kartellrecht: Art. 2, 49, 53 EUV; Art. 41 GRC; Art. 26, 27, 114–118, 340 AEUV
- Prof. Dr. Carmen Thiele*, Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), apl. Professur für Völkerrecht, Ostrecht und Rechtsvergleichung: Art. 4, 10–14, 18, 19, 22, 24 GRC
- Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff*, Universität Bayreuth, Lehrstuhl für Öffentliches Recht VII: Art. 6–9 GRC; Art. 16 AEUV

Inhaltsverzeichnis

Band I

| | |
|---|------|
| Vorwort | V |
| Verzeichnis der Autorinnen und Autoren | XV |
| Abkürzungsverzeichnis | XIX |
| Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur | XXXV |

Vertrag über die Europäische Union (EUV)

| | |
|--|-----|
| Präambel (<i>Carsten Nowak</i>) | 3 |
| Titel I – Gemeinsame Bestimmungen | 23 |
| Artikel 1 Gründung der Union, EUV und AEUV als Grundlage der Union, Rechtsnachfolge der EG (<i>Carsten Nowak</i>) | 23 |
| Artikel 2 Werte der Union (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 73 |
| Artikel 3 Ziele der Union (<i>Peter-Christian Müller-Graff</i>) | 89 |
| Artikel 4 Föderative Grundsätze (<i>Claudio Franzius</i>) | 120 |
| Artikel 5 Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung, Subsidiaritätsprinzip, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz (<i>Eckhard Pache</i>) | 191 |
| Artikel 6 Grundrechte-Charta und EMRK (<i>Eckhard Pache</i>) | 252 |
| Artikel 7 Schwerwiegende Verletzung der Werte der Union durch Mitgliedstaaten (<i>Carsten Nowak</i>) | 308 |
| Artikel 8 Nachbarschaftspolitik (<i>Marten Breuer</i>) | 328 |
| Titel II – Bestimmungen über die demokratischen Grundsätze | 344 |
| Artikel 9 Gleichheit, Unionsbürgerschaft (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 344 |
| Artikel 10 Demokratische Grundsätze (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 361 |
| Artikel 11 Bürgerbeteiligung (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 394 |
| Artikel 12 Beitrag der nationalen Parlamente (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 431 |
| Titel III – Bestimmungen über die Organe | 450 |
| Artikel 13 Organeder Union (<i>Carsten Nowak</i>) | 450 |
| Artikel 14 Europäisches Parlament (<i>Peter Szczekalla</i>) | 471 |
| Artikel 15 Europäischer Rat (<i>Andreas Haratsch</i>) | 490 |
| Artikel 16 Rat (<i>Andreas Haratsch</i>) | 508 |
| Artikel 17 Kommission (<i>Andreas Haratsch</i>) | 530 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|---|---|-----|
| Artikel 18 | Hoher Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 550 |
| Artikel 19 | Gerichtshof der Europäischen Union (<i>Matthias Pechstein/Philipp Kubicki</i>) | 561 |
| Titel IV – Bestimmungen über eine Verstärkte Zusammenarbeit | | 589 |
| Artikel 20 | Beschlussfassung (<i>Andreas Haratsch</i>) | 589 |
| Titel V – Allgemeine Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union und besondere Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik | | 603 |
| Kapitel 1 – Allgemeine Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union | | 603 |
| Artikel 21 | Grundsätze und Ziele des auswärtigen Handelns der Union (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 603 |
| Artikel 22 | Festlegung der strategischen Interessen und Ziele der Union (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 619 |
| Kapitel 2 – Besondere Bestimmungen über die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik | | 627 |
| Abschnitt 1 – Gemeinsame Bestimmungen | | 627 |
| Artikel 23 | Grundsätze des Handels der Union im Rahmen der GASP (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 627 |
| Artikel 24 | Zuständigkeit der Union, Verfahren und Ziele des Handelns im Bereich der GASP, Pflichten der Mitgliedstaaten (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 629 |
| Artikel 25 | Instrumente der GASP (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 639 |
| Artikel 26 | Gestaltung und Durchführung der GASP (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 646 |
| Artikel 27 | Aufgaben des Hohen Vertreters, Europäischer Auswärtiger Dienst (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 656 |
| Artikel 28 | Beschlüsse bei operativem Vorgehen der Union (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 667 |
| Artikel 29 | Beschlüsse zu Standpunkt der Union in bestimmter Frage (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 681 |
| Artikel 30 | Initiativ- und Vorschlagsrecht, Eilentscheidung (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 690 |
| Artikel 31 | Verfahren der Beschlussfassung (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 695 |
| Artikel 32 | Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Europäischen Rat und Rat (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 709 |
| Artikel 33 | Ernennung eines Sonderbeauftragten (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 714 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|---|--|------------|
| Artikel 34 | Koordiniertes Handeln der Mitgliedstaaten in internationalen Organisationen und auf internationalen Konferenzen (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 718 |
| Artikel 35 | Abstimmung der diplomatischen und konsularischen Vertretungen (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 725 |
| Artikel 36 | Beteiligung des Europäischen Parlaments (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 729 |
| Artikel 37 | Übereinkünfte mit Drittstaaten und internationalen Organisationen (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 735 |
| Artikel 38 | Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 744 |
| Artikel 39 | Datenschutz (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 758 |
| Artikel 40 | Verfahrens- und Kompetenzabgrenzung bei Durchführung der GASP (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 764 |
| Artikel 41 | Finanzierung (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 770 |
| Abschnitt 2 – Bestimmungen über die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik | | 780 |
| Artikel 42 | Grundlagen der Gemeinsamen Verteidigungspolitik (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 780 |
| Artikel 43 | Missionen der Union nach Art. 42 Abs. 1 EUV (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 804 |
| Artikel 44 | Übertragung der Durchführung von Missionen (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 817 |
| Artikel 45 | Aufgaben der Europäischen Verteidigungsagentur (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 822 |
| Artikel 46 | Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (<i>Wolff Heintschel von Heinegg</i>) | 827 |
| Titel VI – Schlussbestimmungen | | 836 |
| Artikel 47 | Rechtspersönlichkeit der Union (<i>Carsten Nowak</i>) | 836 |
| Artikel 48 | Vertragsänderungsverfahren (<i>Claudio Franzius</i>) | 850 |
| Artikel 49 | Beitritt zur Union (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 891 |
| Artikel 50 | Austritt aus der Union (<i>Peter Szczekalla</i>) | 914 |
| Artikel 51 | Protokolle und Anhänge (<i>Carsten Nowak</i>) | 926 |
| Artikel 52 | Geltungsbereich der Verträge (<i>Carsten Nowak</i>) | 932 |
| Artikel 53 | Unbegrenzte Geltung (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 939 |
| Artikel 54 | Ratifizierung und Inkrafttreten (<i>Rainer Schröder</i>) | 947 |
| Artikel 55 | Verbindlicher Wortlaut; Hinterlegung (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 949 |

**Charta der Grundrechte der Europäischen Union
(GRC)**

| | |
|---|------|
| Präambel (<i>Carsten Nowak</i>) | 965 |
| Titel I – Würde des Menschen | 995 |
| Artikel 1 Würde des Menschen (<i>Walter Frenz</i>) | 995 |
| Artikel 2 Recht auf Leben (<i>Walter Frenz</i>) | 1018 |
| Artikel 3 Recht auf Unversehrtheit (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1036 |
| Artikel 4 Verbot der Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung (<i>Carmen Thiele</i>) | 1053 |
| Artikel 5 Verbot der Sklaverei und der Zwangsarbeit (<i>Walter Frenz</i>) ... | 1067 |
| Titel II – Freiheiten | 1077 |
| Artikel 6 Recht auf Freiheit und Sicherheit (<i>Heinrich Amadeus Wolff</i>) | 1077 |
| Artikel 7 Achtung des Privat- und Familienlebens (<i>Heinrich Amadeus Wolff</i>) | 1088 |
| Artikel 8 Schutz personenbezogener Daten (<i>Heinrich Amadeus Wolff</i>) | 1111 |
| Artikel 9 Recht, eine Ehe einzugehen und eine Familie zu gründen (<i>Heinrich Amadeus Wolff</i>) | 1130 |
| Artikel 10 Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit (<i>Carmen Thiele</i>) | 1143 |
| Artikel 11 Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit (<i>Carmen Thiele</i>) | 1157 |
| Artikel 12 Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit (<i>Carmen Thiele</i>) | 1173 |
| Artikel 13 Freiheit der Kunst und der Wissenschaft (<i>Carmen Thiele</i>) | 1187 |
| Artikel 14 Recht auf Bildung (<i>Carmen Thiele</i>) | 1195 |
| Artikel 15 Berufsfreiheit und Recht zu arbeiten (<i>Jürgen Kühling</i>) | 1205 |
| Artikel 16 Unternehmerische Freiheit (<i>Jürgen Kühling</i>) | 1221 |
| Artikel 17 Eigentumsrecht (<i>Jürgen Kühling</i>) | 1234 |
| Artikel 18 Asylrecht (<i>Carmen Thiele</i>) | 1258 |
| Artikel 19 Schutz bei Abschiebung, Ausweisung und Auslieferung (<i>Carmen Thiele</i>) | 1267 |
| Titel III – Gleichheit | 1276 |
| Artikel 20 Gleichheit vor dem Gesetz (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1276 |
| Artikel 21 Nichtdiskriminierung (<i>Walther Michl</i>) | 1298 |
| Artikel 22 Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen (<i>Carmen Thiele</i>) | 1307 |
| Artikel 23 Gleichheit von Männern und Frauen (<i>Gerard C. Rowe</i>) | 1314 |
| Artikel 24 Rechte des Kindes (<i>Carmen Thiele</i>) | 1339 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--|---|------|
| Artikel 25 | Rechte älterer Menschen (<i>Carsten Nowak</i>) | 1348 |
| Artikel 26 | Integration von Menschen mit Behinderung (<i>Markus Krajewski</i>) | 1359 |
| Titel IV – Solidarität | | 1365 |
| Artikel 27 | Recht auf Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Unternehmen (<i>Eva Kocher</i>) | 1365 |
| Artikel 28 | Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen (<i>Eva Kocher</i>) | 1376 |
| Artikel 29 | Recht auf Zugang zu einem Arbeitsvermittlungsdienst (<i>Eva Kocher</i>) | 1392 |
| Artikel 30 | Schutz bei ungerechtfertigter Entlassung (<i>Eva Kocher</i>) | 1397 |
| Artikel 31 | Gerechte und angemessene Arbeitsbedingungen (<i>Eva Kocher</i>) | 1403 |
| Artikel 32 | Verbot der Kinderarbeit und Schutz der Jugendlichen am Arbeitsplatz (<i>Eva Kocher</i>) | 1412 |
| Artikel 33 | Familien- und Berufsleben (<i>Eva Kocher</i>) | 1416 |
| Artikel 34 | Soziale Sicherheit und soziale Unterstützung (<i>Eva Kocher</i>) | 1423 |
| Artikel 35 | Gesundheitsschutz (<i>Markus Krajewski</i>) | 1430 |
| Artikel 36 | Zugang zu Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (<i>Markus Krajewski</i>) | 1438 |
| Artikel 37 | Umweltschutz (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1445 |
| Artikel 38 | Verbraucherschutz (<i>Martin Schmidt-Kessel</i>) | 1457 |
| Titel V – Bürgerrechte | | 1471 |
| Artikel 39 | Aktives und passives Wahlrecht bei den Wahlen zum Europäischen Parlament (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1471 |
| Artikel 40 | Aktives und passives Wahlrecht bei den Kommunalwahlen (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1485 |
| Artikel 41 | Recht auf eine gute Verwaltung (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 1495 |
| Artikel 42 | Recht auf Zugang zu Dokumenten (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1508 |
| Artikel 43 | Der Europäische Bürgerbeauftragte (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1513 |
| Artikel 44 | Petitionsrecht (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1523 |
| Artikel 45 | Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1531 |
| Artikel 46 | Diplomatischer und konsularischer Schutz (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1541 |
| Titel VI – Justizielle Rechte | | 1548 |
| Artikel 47 | Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf und ein unparteiisches Gericht (<i>Hanns Peter Nehl</i>) | 1548 |
| Artikel 48 | Unschuldsvermutung und Verteidigungsrechte (<i>Rainer Schröder</i>) | 1633 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--|---|------|
| Artikel 49 | Grundsätze der Gesetzmäßigkeit und der Verhältnismäßigkeit im Zusammenhang mit Straftaten und Strafen (<i>Rainer Schröder</i>) | 1638 |
| Artikel 50 | Recht, wegen derselben Straftat nicht zweimal strafrechtlich verfolgt oder bestraft zu werden (<i>Gudrun Hochmayr</i>) | 1644 |
| Titel VII – Allgemeine Bestimmungen über die Auslegung und Anwendung der Charta | | 1662 |
| Artikel 51 | Anwendungsbereich (<i>Eckhard Pache</i>) | 1662 |
| Artikel 52 | Tragweite und Auslegung der Rechte und Grundsätze (<i>Eckhard Pache</i>) | 1681 |
| Artikel 53 | Schutzniveau (<i>Eckhard Pache</i>) | 1714 |
| Artikel 54 | Verbot des Missbrauchs der Rechte (<i>Eckhard Pache</i>) | 1727 |
| Stichwortverzeichnis | | 1* |

Inhaltsverzeichnis

Band II

| | |
|---|--------|
| Verzeichnis der Autorinnen und Autoren | XIII |
| Abkürzungsverzeichnis | XVII |
| Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur | XXXIII |

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäische Union (AEUV)

| | |
|---|-----|
| Präambel (<i>Ulrich Häde</i>) | 3 |
| Erster Teil – Grundsätze | 11 |
| Artikel 1 Unionsverträge (<i>Ulrich Häde</i>) | 13 |
| Titel I – Arten und Bereiche der Zuständigkeit der Union | 24 |
| Artikel 2 Arten von Zuständigkeiten (<i>Ulrich Häde</i>) | 24 |
| Artikel 3 Ausschließliche Zuständigkeit (<i>Ulrich Häde</i>) | 47 |
| Artikel 4 Geteilte Zuständigkeit (<i>Ulrich Häde</i>) | 57 |
| Artikel 5 Koordinierende Zuständigkeit (<i>Ulrich Häde</i>) | 63 |
| Artikel 6 Zuständigkeit zur Unterstützung, Koordinierung, Ergänzung (<i>Ulrich Häde</i>) | 67 |
| Titel II – Allgemein geltende Bestimmungen | 69 |
| Artikel 7 Kohärenz der Politiken (<i>Rainer Schröder</i>) | 69 |
| Artikel 8 Gleichstellung; Querschnittsklausel (<i>Eva Kocher</i>) | 73 |
| Artikel 9 Sozialer Schutz; Querschnittsklausel (<i>Eva Kocher</i>) | 80 |
| Artikel 10 Diskriminierungsschutz, Querschnittsklausel (<i>Eva Kocher</i>) | 87 |
| Artikel 11 Umweltschutz; Integrationsklausel (<i>Sebastian Heselhaus</i>) ... | 90 |
| Artikel 12 Verbraucherschutz; Querschnittsklausel (<i>Martin Schmidt-Kessel</i>) | 111 |
| Artikel 13 Tierschutz; Querschnittsklausel (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 136 |
| Artikel 14 Dienste von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse (<i>Markus Krajewski</i>) | 153 |
| Artikel 15 Grundsatz der Offenheit (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 171 |
| Artikel 16 Datenschutz (<i>Heinrich Amadeus Wolff</i>) | 204 |
| Artikel 17 Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften (<i>Walther Michl</i>) | 217 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Zweiter Teil – Nichtdiskriminierung und Unionsbürgerschaft | 231 |
| Artikel 18 Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit (<i>Walther Michl</i>) | 233 |
| Artikel 19 Antidiskriminierungsmaßnahmen (<i>Walther Michl</i>) | 272 |
| Artikel 20 Unionsbürgerschaft (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 293 |
| Artikel 21 Unionsbürgerliches Freizügigkeitsrecht (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 313 |
| Artikel 22 Wahlrecht (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 333 |
| Artikel 23 Recht auf diplomatischen Schutz (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 348 |
| Artikel 24 Petitionsrecht (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 371 |
| Artikel 25 Fortentwicklung der Unionsbürgerschaft (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 382 |
| | |
| Dritter Teil – Die internen Politiken und Maßnahmen der Union | 393 |
| | |
| Titel I – Der Binnenmarkt | 395 |
| Artikel 26 Binnenmarkt (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 395 |
| Artikel 27 Ausnahmen (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 412 |
| | |
| Titel II – Der freie Warenverkehr | 418 |
| Artikel 28 Zollunion (<i>Ulrich Haltern/Nils Jasper Janson</i>) | 418 |
| Artikel 29 Freier Verkehr von Waren aus dritten Ländern (<i>Ulrich Haltern/Nils Jasper Janson</i>) | 440 |
| | |
| Kapitel 1 – Die Zollunion | 446 |
| Artikel 30 Verbot von Zöllen (<i>Ulrich Haltern</i>) | 446 |
| Artikel 31 Autonome Änderungen des Gemeinsamen Zolltarifs (<i>Ulrich Haltern/Nils Jasper Janson</i>) | 476 |
| Artikel 32 Zielsetzung der Kommissionsaufgaben (<i>Ulrich Haltern/Nils Jasper Janson</i>) | 482 |
| | |
| Kapitel 2 – Die Zusammenarbeit im Zollwesen | 485 |
| Artikel 33 Ausbau der Zusammenarbeit (<i>Ulrich Haltern/Nils Jasper Janson</i>) | 485 |
| | |
| Kapitel 3 – Verbot von mengenmäßigen Beschränkungen zwischen den Mitgliedstaaten | 491 |
| Artikel 34 Verbot von Einfuhrbeschränkungen (<i>Ulrich Haltern</i>) | 491 |
| Artikel 35 Verbot von Ausfuhrbeschränkungen (<i>Ulrich Haltern/Nils Jasper Janson</i>) | 577 |
| Artikel 36 Ausnahmen (<i>Ulrich Haltern</i>) | 586 |
| Artikel 37 Staatliche Handelsmonopole (<i>Ulrich Haltern/Nils Jasper Janson</i>) | 625 |

| | |
|--|------|
| Titel III – Die Landwirtschaft und die Fischerei | 633 |
| Artikel 38 Binnenmarkt für die Landwirtschaft und Fischerei (<i>Roland Norer</i>) | 633 |
| Artikel 39 Ziele der gemeinsamen Agrarpolitik (<i>Roland Norer</i>) | 651 |
| Artikel 40 Gemeinsame Organisation der Agrarmärkte (<i>Roland Norer</i>) | 661 |
| Artikel 41 Besondere agrarpolitische Maßnahmen (<i>Roland Norer</i>) | 691 |
| Artikel 42 Anwendung der Wettbewerbs- und Beihilferegeln (<i>Roland Norer</i>) | 693 |
| Artikel 43 Rechtsetzung, Kompetenzen und Verfahren (<i>Roland Norer</i>) | 700 |
| Artikel 44 Ausgleichsabgaben (<i>Roland Norer</i>) | 711 |
| Titel IV – Die Freizügigkeit, der freie Dienstleistungs- und Kapitalverkehr | 713 |
| Kapitel 1 – Die Arbeitskräfte | 713 |
| Artikel 45 Arbeitnehmerfreizügigkeit (<i>Eva Kocher</i>) | 713 |
| Artikel 46 Kompetenz für Herstellung der Arbeitnehmerfreizügigkeit (<i>Eva Kocher</i>) | 759 |
| Artikel 47 Förderung des Austauschs junger Arbeitskräfte (<i>Eva Kocher</i>) | 773 |
| Artikel 48 Kompetenz für Sicherstellung der sozialen Sicherheit (<i>Eva Kocher</i>) | 775 |
| Kapitel 2 – Das Niederlassungsrecht | 802 |
| Artikel 49 Niederlassungsfreiheit (<i>Friedemann Kainer</i>) | 802 |
| Artikel 50 Kompetenz zur Verwirklichung der Niederlassungsfreiheit (<i>Friedemann Kainer</i>) | 879 |
| Artikel 51 Ausübung öffentlicher Gewalt, Festlegung von Ausnahmen (<i>Friedemann Kainer</i>) | 890 |
| Artikel 52 Sonderregelungen für Ausländer, Koordinierungskompetenz (<i>Friedemann Kainer</i>) | 895 |
| Artikel 53 Anerkennung von Befähigungsnachweisen (<i>Friedemann Kainer</i>) | 903 |
| Artikel 54 Gleichstellung der Gesellschaften mit natürlichen Personen (<i>Friedemann Kainer</i>) | 910 |
| Artikel 55 Gleichstellungsgebot bei Kapitalbeteiligung (<i>Friedemann Kainer</i>) | 928 |
| Kapitel 3 – Dienstleistungen | 931 |
| Artikel 56 Dienstleistungsfreiheit (<i>Ulrich Haltern/Sarah Katharina Stein</i>) | 931 |
| Artikel 57 Dienstleistungen (<i>Ulrich Haltern/Sarah Katharina Stein</i>) | 985 |
| Artikel 58 Verkehrsdienstleistungen; Kapitalverkehr (<i>Ulrich Haltern/Sarah Katharina Stein</i>) | 1005 |
| Artikel 59 Liberalisierungsmaßnahmen (<i>Ulrich Haltern/Sarah Katharina Stein</i>) | 1010 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--|--|-------------|
| Artikel 60 | Weitergehende Liberalisierung (Ulrich Haltern/Sarah Katharina Stein) | 1024 |
| Artikel 61 | Übergangsregelung (Ulrich Haltern/Sarah Katharina Stein) | 1025 |
| Artikel 62 | Entsprechende Anwendung von Vorschriften des Niederlassungsrechts (Ulrich Haltern/Sarah Katharina Stein) | 1027 |
| Kapitel 4 – Der Kapital- und Zahlungsverkehr | | 1035 |
| Artikel 63 | Freier Kapital- und Zahlungsverkehr (Ludwig Gramlich) | 1035 |
| Artikel 64 | Ausnahmen für den Kapitalverkehr mit Drittstaaten (Ludwig Gramlich) | 1059 |
| Artikel 65 | Nationale Beschränkungen (Ludwig Gramlich) | 1071 |
| Artikel 66 | Kurzfristige Schutzmaßnahmen (Ludwig Gramlich) | 1086 |
| Titel V – Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts | | 1094 |
| Kapitel I – Allgemeine Bestimmungen | | 1094 |
| Artikel 67 | Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (Peter-Christian Müller-Graff) | 1094 |
| Artikel 68 | Strategische Leitlinien (Peter-Christian Müller-Graff) | 1124 |
| Artikel 69 | Achtung des Subsidiaritätsprinzips (Peter-Christian Müller-Graff) | 1128 |
| Artikel 70 | Durchführung der Unionspolitik (Peter-Christian Müller-Graff) | 1132 |
| Artikel 71 | Ständiger Ausschuss (Peter-Christian Müller-Graff) | 1137 |
| Artikel 72 | Nicht berührte Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten (Peter-Christian Müller-Graff) | 1142 |
| Artikel 73 | Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten in eigener Verantwortung (Peter-Christian Müller-Graff) | 1148 |
| Artikel 74 | Verwaltungszusammenarbeit (Peter-Christian Müller-Graff) | 1151 |
| Artikel 75 | Terrorismusbekämpfung (Peter-Christian Müller-Graff) | 1158 |
| Artikel 76 | Zuständigkeit für Rechtsakte (Peter-Christian Müller-Graff) | 1170 |
| Kapitel 2 – Politik im Bereich Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung | | 1173 |
| Artikel 77 | Binnengrenzen, Außengrenzen und Visapolitik (Peter-Christian Müller-Graff) | 1173 |
| Artikel 78 | Schutz von Drittstaatsangehörigen und Staatenlosen; Asylpolitik (Peter-Christian Müller-Graff) | 1196 |
| Artikel 79 | Einwanderungspolitik (Peter-Christian Müller-Graff) | 1220 |
| Artikel 80 | Solidarität (Peter-Christian Müller-Graff) | 1247 |
| Kapitel 3 – Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen | | 1253 |
| Artikel 81 | Justizielle Zusammenarbeit mit grenzüberschreitendem Bezug (Michael Stürner) | 1253 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------|
| Kapitel 4 – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen | 1277 |
| Artikel 82 Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen (<i> Gudrun Hochmayr</i>) | 1277 |
| Artikel 83 Straftaten mit grenzüberschreitender Dimension (<i> Gudrun Hochmayr</i>) | 1299 |
| Artikel 84 Kriminalprävention (<i> Gudrun Hochmayr</i>) | 1321 |
| Artikel 85 Eurojust (<i> Hubert Hinterhofer</i>) | 1327 |
| Artikel 86 Europäische Staatsanwaltschaft (<i> Hubert Hinterhofer</i>) | 1344 |
| Kapitel 5 – Polizeiliche Zusammenarbeit | 1360 |
| Artikel 87 Polizeiliche Zusammenarbeit (<i> Hubert Hinterhofer</i>) | 1360 |
| Artikel 88 Europol (<i> Hubert Hinterhofer</i>) | 1370 |
| Artikel 89 Grenzüberschreitendes Tätigwerden (<i> Hubert Hinterhofer</i>) ... | 1382 |
| Titel VI – Der Verkehr | 1387 |
| Artikel 90 Gemeinsame Verkehrspolitik (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1387 |
| Artikel 91 Umsetzung der gemeinsamen Verkehrspolitik (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1409 |
| Artikel 92 Verbot der Diskriminierung ausländischer Verkehrsunternehmer (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1419 |
| Artikel 93 Verkehrsbeihilfen (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1424 |
| Artikel 94 Berücksichtigung der wirtschaftlichen Lage der Verkehrsunternehmer (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1439 |
| Artikel 95 Verbot von Diskriminierungen (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1442 |
| Artikel 96 Verbot von Unterstützungsmaßnahmen; Ausnahmen (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1446 |
| Artikel 97 Abgaben und Gebühren bei Grenzübergang (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1449 |
| Artikel 98 Ausgleich von Nachteilen der Teilung Deutschlands (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1450 |
| Artikel 99 Beratender Ausschuss in Verkehrsfragen (<i> Thomas Lübbig</i>) ... | 1453 |
| Artikel 100 Geltungsbereich (<i> Thomas Lübbig</i>) | 1455 |
| Stichwortverzeichnis | 1* |

Inhaltsverzeichnis

Band III

| | |
|---|------|
| Verzeichnis der Autorinnen und Autoren | XV |
| Abkürzungsverzeichnis | XIX |
| Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur | XXXV |

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäische Union (AEUV)

Präambel, Artikel 1–100 (*Band II*)

| | |
|---|------------|
| Titel VII – Gemeinsame Regeln betreffend Wettbewerb, Steuerfragen und Angleichung der Rechtsvorschriften | 1 |
| Kapitel 1 – Wettbewerbsregeln | 1 |
| Abschnitt 1 – Vorschriften für Unternehmen | 1 |
| Artikel 101 Verbot von Wettbewerbsbeschränkungen (<i>Christoph Brömmelmeyer</i>) | 1 |
| Artikel 102 Missbrauch (<i>Christoph Brömmelmeyer</i>) | 110 |
| Artikel 103 Kompetenz zum Erlass von Verordnungen und Richtlinien (<i>Carsten Nowak</i>) | 177 |
| Artikel 104 Übergangsbestimmung/Befugnisse der Behörden der Mitgliedstaaten (<i>Carsten Nowak</i>) | 210 |
| Artikel 105 Wettbewerbsaufsicht der Kommission (<i>Carsten Nowak</i>) | 219 |
| Artikel 106 Öffentliche und monopolartige Unternehmen (<i>Markus Krajewski</i>) | 231 |
| Abschnitt 2 – Staatliche Beihilfen | 280 |
| Artikel 107 Beihilfeverbot (<i>Carsten Nowak</i>) | 280 |
| Artikel 108 Beihilfeaufsicht der Kommission (<i>Carsten Nowak</i>) | 350 |
| Artikel 109 Durchführungsverordnungen (<i>Carsten Nowak</i>) | 388 |
| Kapitel 2 – Steuerliche Vorschriften | 406 |
| Artikel 110 Verbot steuerlicher Diskriminierung, Protektionsverbot (<i>Ralf P. Schenke</i>) | 406 |
| Artikel 111 Verbot überhöhter Rückvergütungen inländischer Abgaben (<i>Ralf P. Schenke</i>) | 464 |
| Artikel 112 Genehmigung von Entlastungen und Rückvergütungen (<i>Ralf P. Schenke</i>) | 469 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--|---|------------|
| Artikel 113 | Harmonisierung der Rechtsvorschriften über indirekte Steuern (<i>Ralf P. Schenke</i>) | 472 |
| Kapitel 3 – Angleichung der Rechtsvorschriften | | 484 |
| Artikel 114 | Rechtsangleichung im Binnenmarkt (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 484 |
| Artikel 115 | Nationales Recht mit unmittelbarer Auswirkung auf den Binnenmarkt; Rechtsangleichung (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) ... | 532 |
| Artikel 116 | Behandlung bestehender wettbewerbsverzerrender Vorschriften (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 541 |
| Artikel 117 | Behandlung geplanter wettbewerbsverzerrender Vorschriften (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 546 |
| Artikel 118 | Schutz des geistigen Eigentums (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 550 |
| Titel VIII – Die Wirtschafts- und Währungspolitik | | 566 |
| Artikel 119 | Grundsätze (<i>Christoph Herrmann</i>) | 566 |
| Kapitel 1 – Die Wirtschaftspolitik | | 592 |
| Artikel 120 | Marktwirtschaftliche Ausrichtung (<i>Christoph Herrmann/Herbert Rosenfeldt</i>) | 592 |
| Artikel 121 | Koordinierung der Wirtschaftspolitik (<i>Christoph Herrmann/Herbert Rosenfeldt</i>) | 598 |
| Artikel 122 | Maßnahmen in Notlagen (<i>Christoph Herrmann/Stephanie Dausinger</i>) | 622 |
| Artikel 123 | Verbot der monetären Staatsfinanzierung (<i>Christoph Herrmann/Corinna Dornacher</i>) | 630 |
| Artikel 124 | Verbot des bevorrechtigten Zugangs zu Finanzinstituten (<i>Christoph Herrmann/Corinna Dornacher</i>) | 647 |
| Artikel 125 | Haftungsausschlüsse (<i>Christoph Herrmann/Stephanie Dausinger</i>) | 653 |
| Artikel 126 | Haushaltsüberwachung; Defizitverfahren (<i>Christoph Herrmann</i>) | 660 |
| Kapitel 2 – Die Währungspolitik | | 684 |
| Artikel 127 | Ziele und Aufgaben des ESZB (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) ... | 684 |
| Artikel 128 | Ausgabe von Banknoten und Münzen (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 713 |
| Artikel 129 | Struktur des ESZB; Satzung (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 721 |
| Artikel 130 | Unabhängigkeit von EZB und nationalen Zentralbanken (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 731 |
| Artikel 131 | Anpassungspflicht der Mitgliedstaaten (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 744 |
| Artikel 132 | Rechtsakte (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 747 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--|--|------------|
| Artikel 133 | Rechtsakte betreffend den Euro (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 755 |
| Kapitel 3 – Institutionelle Bestimmungen | | 758 |
| Artikel 134 | Wirtschafts- und Finanzausschuss (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 758 |
| Artikel 135 | Empfehlungen und Vorschläge der Kommission (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 764 |
| Kapitel 4 – Besondere Bestimmungen für die Mitgliedsstaaten, deren Währung der Euro ist | | 768 |
| Artikel 136 | Wirtschaftspolitik und Haushaltsdisziplin; Verstärkte Koordinierung des Euro-Währungsgebiets (<i>Christoph Herrmann/Stephanie Dausinger</i>) | 768 |
| Artikel 137 | Tagungen der Euro-Gruppe (<i>Paulina Starski</i>) | 775 |
| Artikel 138 | Euro im internationalen Währungssystem (<i>Paulina Starski</i>) | 785 |
| Kapitel 5 – Übergangsbestimmungen | | 820 |
| Artikel 139 | Mitgliedstaaten mit Ausnahmeregelung (<i>Jörn Axel Kämmerer</i>) | 820 |
| Artikel 140 | Konvergenzbericht (<i>Jörn Axel Kämmerer</i>) | 839 |
| Artikel 141 | Erweiterter Rat der EZB (<i>Paulina Starski</i>) | 876 |
| Artikel 142 | Wechselkurspolitik (<i>Ludwig Gramlich</i>) | 889 |
| Artikel 143 | Zahlungsbilanz-Schwierigkeiten (<i>Ludwig Gramlich</i>) | 898 |
| Artikel 144 | Zahlungsbilanzkrise (<i>Ludwig Gramlich</i>) | 910 |
| Titel IX – Beschäftigung | | 916 |
| Artikel 145 | Entwicklung einer koordinierten Beschäftigungsstrategie (<i>Ingo Palsherm</i>) | 916 |
| Artikel 146 | Abgestimmte Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten (<i>Ingo Palsherm</i>) | 931 |
| Artikel 147 | Hohes Beschäftigungsniveau (<i>Ingo Palsherm</i>) | 938 |
| Artikel 148 | AEUV Beschäftigungslage in der Union, Festlegung beschäftigungspolitischer Leitlinien (<i>Ingo Palsherm</i>) | 944 |
| Artikel 149 | Anreizmaßnahmen zur Förderung der Zusammenarbeit (<i>Ingo Palsherm</i>) | 956 |
| Artikel 150 | Beschäftigungsausschuss (<i>Ingo Palsherm</i>) | 962 |
| Titel X – Sozialpolitik | | 967 |
| Artikel 151 | Ziele und Maßnahmen (<i>Eva Kocher</i>) | 967 |
| Artikel 152 | Sozialpartner auf Ebene der Union, sozialer Dialog (<i>Eva Kocher</i>) | 981 |
| Artikel 153 | Kompetenzen der Union (<i>Eva Kocher</i>) | 986 |
| Artikel 154 | Anhörung der Sozialpartner (<i>Eva Kocher</i>) | 1025 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--|--|------|
| Artikel 155 | Dialog zwischen den Sozialpartnern (<i>Eva Kocher</i>) | 1031 |
| Artikel 156 | Fördermaßnahmen der Kommission (<i>Eva Kocher</i>) | 1044 |
| Artikel 157 | Verbot der Geschlechtsdiskriminierung im Hinblick auf das Entgelt (<i>Eva Kocher</i>) | 1047 |
| Artikel 158 | Bezahlte Freizeit (<i>Eva Kocher</i>) | 1099 |
| Artikel 159 | Bericht zur Verwirklichung der sozialpolitischen Ziele und über die demografische Lage (<i>Eva Kocher</i>) | 1100 |
| Artikel 160 | Ausschuss für Sozialschutz (<i>Eva Kocher</i>) | 1101 |
| Artikel 161 | Bericht über soziale Lage (<i>Eva Kocher</i>) | 1103 |
| Titel XI – Der Europäische Sozialfonds | | 1104 |
| Artikel 162 | Errichtung und Ziele des Europäischen Sozialfonds (<i>Ulrich Häde</i>) | 1104 |
| Artikel 163 | Verwaltung des Europäischen Sozialfonds (<i>Ulrich Häde</i>) | 1109 |
| Artikel 164 | Durchführungsverordnungen (<i>Ulrich Häde</i>) | 1111 |
| Titel XII – Allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport | | 1113 |
| Artikel 165 | Bildung, Jugend, Sport (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1113 |
| Artikel 166 | Berufliche Bildung (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1129 |
| Titel XIII – Kultur | | 1136 |
| Artikel 167 | Beitrag der Union unter Wahrung der kulturellen Vielfalt (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1136 |
| Titel XIV – Gesundheitswesen | | 1157 |
| Artikel 168 | Beitrag der Union zur Sicherstellung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus (<i>Thomas Lübbig</i>) | 1157 |
| Titel XV – Verbraucherschutz | | 1179 |
| Artikel 169 | Beitrag der Union; Mindeststandards (<i>Martin Schmidt-Kessel</i>) | 1179 |
| Titel XVI – Transeuropäische Netze | | 1197 |
| Artikel 170 | Beitrag der Union (<i>Thomas Lübbig</i>) | 1197 |
| Artikel 171 | Handlungsinstrumente der Union (<i>Thomas Lübbig</i>) | 1203 |
| Artikel 172 | Beschlussfassung (<i>Thomas Lübbig</i>) | 1208 |
| Titel XVII – Industrie | | 1212 |
| Artikel 173 | Förderung der Wettbewerbsfähigkeit (<i>Walter Frenz</i>) | 1212 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------|
| Titel XVIII – Wirtschaftlicher, sozialer und territorialer Zusammenhalt . . . | 1237 |
| Artikel 174 Strukturpolitik (<i>Ulrich Häde</i>) | 1237 |
| Artikel 175 Durchführung der Strukturpolitik, Strukturfonds (<i>Ulrich Häde</i>) | 1241 |
| Artikel 176 Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (<i>Ulrich Häde</i>) | 1247 |
| Artikel 177 Strukturfondsverordnungen, Kohäsionsfonds (<i>Ulrich Häde</i>) | 1250 |
| Artikel 178 Durchführungsbestimmungen (<i>Ulrich Häde</i>) | 1259 |
| Titel XIX – Forschung, technologische Entwicklung und Raumfahrt | 1261 |
| Artikel 179 Europäischer Raum der Forschung (<i>Walter Frenz</i>) | 1261 |
| Artikel 180 Ergänzende Unionsmaßnahmen (<i>Walter Frenz</i>) | 1276 |
| Artikel 181 Koordinierung; Rolle der Kommission (<i>Walter Frenz</i>) | 1281 |
| Artikel 182 Mehrjähriges Rahmenprogramm; spezifische Programme (<i>Walter Frenz</i>) | 1285 |
| Artikel 183 Durchführung des Rahmenprogramms (<i>Walter Frenz</i>) | 1293 |
| Artikel 184 Zusatzprogramme (<i>Walter Frenz</i>) | 1295 |
| Artikel 185 Beteiligung der Union (<i>Walter Frenz</i>) | 1297 |
| Artikel 186 Zusammenarbeit mit Drittländern; Abkommen (<i>Walter Frenz</i>) | 1300 |
| Artikel 187 Gründung gemeinsamer Unternehmen (<i>Walter Frenz</i>) | 1303 |
| Artikel 188 Beschlussfassung (<i>Walter Frenz</i>) | 1307 |
| Artikel 189 Europäische Raumfahrtpolitik (<i>Walter Frenz</i>) | 1309 |
| Artikel 190 Jährlicher Forschungsbericht (<i>Walter Frenz</i>) | 1314 |
| Titel XX – Umwelt | 1316 |
| Artikel 191 Umweltpolitische Ziele; Schutzmaßnahmen; Internationale Zusammenarbeit (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1316 |
| Artikel 192 Beschlussfassung; Finanzierung; Verursacherprinzip (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1369 |
| Artikel 193 Schutzmaßnahmen der Mitgliedstaaten (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1409 |
| Titel XXI – Energie | 1429 |
| Artikel 194 Ziele und Maßnahmen (<i>Jörg Gundel</i>) | 1429 |
| Titel XXII – Tourismus | 1460 |
| Artikel 195 Maßnahmen im Tourismussektor (<i>Nele Matz-Lück</i>) | 1460 |
| Titel XXIII – Katastrophenschutz | 1468 |
| Artikel 196 Förderung des Katastrophenschutzes (<i>Nele Matz-Lück</i>) | 1468 |

| | |
|--|------|
| Titel XXIV – Verwaltungszusammenarbeit | 1475 |
| Artikel 197 Effektive Durchführung des Unionsrechts (<i>Walter Frenz</i>) | 1475 |
| Vierter Teil – Die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete | 1485 |
| Artikel 198 Ziele der Assoziierung (<i>Burkhard Schöbener</i>) | 1487 |
| Artikel 199 Zwecke der Assoziierung (<i>Burkhard Schöbener</i>) | 1498 |
| Artikel 200 Verbot von Zöllen (<i>Burkhard Schöbener</i>) | 1502 |
| Artikel 201 Schutzklausel (<i>Burkhard Schöbener</i>) | 1506 |
| Artikel 202 Freizügigkeit der Arbeitskräfte (<i>Burkhard Schöbener</i>) | 1508 |
| Artikel 203 Durchführungsbestimmungen (<i>Burkhard Schöbener</i>) | 1510 |
| Artikel 204 Anwendung auf Grönland (<i>Burkhard Schöbener</i>) | 1515 |
| Fünfter Teil – Das auswärtige Handeln der Union | 1519 |
| Titel I – Allgemeine Bestimmungen über das auswärtige Handeln der Union | 1521 |
| Artikel 205 Handlungsgrundsätze auf internationaler Ebene (<i>Marc Bungenberg</i>) | 1521 |
| Titel II – Gemeinsame Handelspolitik | 1525 |
| Artikel 206 Ziele der Gemeinsamen Handelspolitik (<i>Marc Bungenberg</i>) | 1525 |
| Artikel 207 Grundsätze der gemeinsamen Handelspolitik (<i>Marc Bungenberg</i>) | 1534 |
| Titel III – Zusammenarbeit mit Drittländern und humanitäre Hilfe | 1651 |
| Kapitel 1 – Entwicklungszusammenarbeit | 1651 |
| Artikel 208 Entwicklungszusammenarbeit der Union, Ziele und Grundsätze (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1651 |
| Artikel 209 Kompetenzen, Rolle der EIB (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1666 |
| Artikel 210 Koordinierung (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1675 |
| Artikel 211 Internationale Zusammenarbeit (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1679 |
| Kapitel 2 – Wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit mit Drittländern | 1681 |
| Artikel 212 Grundsätze der Zusammenarbeit mit Nicht-Entwicklungsländern (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1681 |
| Artikel 213 Finanzielle Hilfe für Drittländer (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1688 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------|
| Kapitel 3 – Humanitäre Hilfe | 1691 |
| Artikel 214 Grundsätze, Maßnahmen, Europäisches Freiwilligenkorps (<i>Kerstin Odendahl</i>) | 1691 |
| Titel IV – Restriktive Maßnahmen | 1698 |
| Artikel 215 Wirtschaftssanktionen (<i>Burkhard Schöbener</i>) | 1698 |
| Stichwortverzeichnis | 1* |

Inhaltsverzeichnis

Band IV

| | |
|---|------|
| Verzeichnis der Autorinnen und Autoren | XV |
| Abkürzungsverzeichnis | XIX |
| Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur | XXXV |

Vertrag über die Arbeitsweise der Europäische Union (AEUV)

Präambel, Artikel 1–100 (*Band II*)
Artikel 101–215 (*Band III*)

| | |
|--|------------|
| Titel V – Internationale Übereinkünfte | 1 |
| Artikel 216 Vertragsabschlusskompetenz der Union (<i>Thomas Giegerich</i>) | 1 |
| Artikel 217 Assoziierungsabkommen (<i>Sigrid Boysen</i>) | 97 |
| Artikel 218 Aushandlung und Abschluss von Abkommen, Zuständigkeiten des Gerichtshofs für Gutachten über Vereinbarkeit von Abkommen mit Unionsprimärrecht (<i>Thomas Giegerich</i>) | 132 |
| Artikel 219 AEUV Wechselkursfestlegung nach außen; internationale Vereinbarungen (<i>Ludwig Gramlich</i>) | 211 |
| Titel VI – Beziehungen der Union zu internationalen Organisationen und Drittländern sowie Delegationen der Union | 225 |
| Artikel 220 Beziehungen zu internationalen Organisationen (<i>Thomas Giegerich</i>) | 225 |
| Artikel 221 Delegationen der Union (<i>Thomas Giegerich</i>) | 255 |
| Titel VII – Solidaritätsklausel | 267 |
| Artikel 222 Gegenseitige Unterstützung bei Terroranschlägen und Katastrophen (<i>Walter Frenz</i>) | 267 |
| Sechster Teil – Institutionelle Bestimmungen und Finanzvorschriften | 279 |
| Titel I – Vorschriften über die Organe | 281 |
| Kapitel 1 – Die Organe | 281 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| Abschnitt 1 – Das Europäische Parlament | 281 |
| Artikel 223 Einheitliches Wahlverfahren; Abgeordneten-Statut (<i>Peter Szczekalla</i>) | 281 |
| Artikel 224 Politische Parteien (<i>Peter Szczekalla</i>) | 300 |
| Artikel 225 Indirektes Initiativrecht (<i>Peter Szczekalla</i>) | 308 |
| Artikel 226 Untersuchungsausschuss (<i>Peter Szczekalla</i>) | 311 |
| Artikel 227 Petitionsrecht (<i>Peter Szczekalla</i>) | 318 |
| Artikel 228 Bürgerbeauftragter (<i>Peter Szczekalla</i>) | 323 |
| Artikel 229 Ordentliche und außerordentliche Sitzungsperiode (<i>Peter Szczekalla</i>) | 330 |
| Artikel 230 Anhörungsrecht von Kommission; Rat und Europäischem Rat (<i>Peter Szczekalla</i>) | 333 |
| Artikel 231 Abstimmung; Beschlussfähigkeit (<i>Peter Szczekalla</i>) | 337 |
| Artikel 232 Geschäftsordnung; Verhandlungsniederschriften (<i>Peter Szczekalla</i>) | 341 |
| Artikel 233 Jährlicher Gesamtbericht (<i>Peter Szczekalla</i>) | 346 |
| Artikel 234 Misstrauensantrag gegen die Kommission (<i>Peter Szczekalla</i>) | 350 |
| Abschnitt 2 – Der Europäische Rat | 356 |
| Artikel 235 Verfahren im Europäischen Rat (<i>Andreas Haratsch</i>) | 356 |
| Artikel 236 Beschlüsse zu den Zusammensetzungen und zum Vorsitz des Rates (<i>Andreas Haratsch</i>) | 365 |
| Abschnitt 3 – Der Rat | 370 |
| Artikel 237 Einberufung des Rates (<i>Andreas Haratsch</i>) | 370 |
| Artikel 238 Beschlussfassung des Rates (<i>Andreas Haratsch</i>) | 376 |
| Artikel 239 Stimmrechtsübertragung im Rat (<i>Andreas Haratsch</i>) | 389 |
| Artikel 240 Ausschuss der Ständigen Vertreter, Generalsekretariat, Geschäftsordnung (<i>Andreas Haratsch</i>) | 393 |
| Artikel 241 Aufforderung der Kommission (<i>Andreas Haratsch</i>) | 400 |
| Artikel 242 Regelung der Stellung der Ausschüsse (<i>Andreas Haratsch</i>) ... | 404 |
| Artikel 243 Gehälter, Vergütungen, Ruhegehälter (<i>Andreas Haratsch</i>) ... | 408 |
| Abschnitt 4 – Die Kommission | 411 |
| Artikel 244 Rotationsprinzip (<i>Andreas Haratsch</i>) | 411 |
| Artikel 245 Amtspflichten (<i>Andreas Haratsch</i>) | 416 |
| Artikel 246 Amtszeit der Kommissionsmitglieder (<i>Andreas Haratsch</i>) | 422 |
| Artikel 247 Amtsenthebung (<i>Andreas Haratsch</i>) | 428 |
| Artikel 248 Zuständigkeitsverteilung innerhalb der Kommission (<i>Andreas Haratsch</i>) | 432 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|---|--|------------|
| Artikel 249 | Geschäftsordnung und Gesamtbericht (<i>Andreas Haratsch</i>) ... | 436 |
| Artikel 250 | Beschlussfassung (<i>Andreas Haratsch</i>) | 440 |
| Abschnitt 5 – Der Gerichtshof der Europäischen Union | | 445 |
| Artikel 251 | Spruchkörper des Gerichtshofs (<i>Matthias Pechstein</i>) | 445 |
| Artikel 252 | Generalanwälte (<i>Matthias Pechstein</i>) | 450 |
| Artikel 253 | Gerichtshof, Ernennung; Präsident; Kanzler; Verfahrensordnung (<i>Matthias Pechstein</i>) | 456 |
| Artikel 254 | Zusammensetzung des Gerichts; interne Organisation (<i>Matthias Pechstein</i>) | 462 |
| Artikel 255 | Eignungsprüfungsausschuss (<i>Matthias Pechstein</i>) | 469 |
| Artikel 256 | Gericht, Zuständigkeiten (<i>Matthias Pechstein</i>) | 474 |
| Artikel 257 | Fachgerichte (<i>Matthias Pechstein</i>) | 489 |
| Artikel 258 | Vertragsverletzungsverfahren, Aufsichtsklage (<i>Matthias Pechstein</i>) | 494 |
| Artikel 259 | Vertragsverletzungsverfahren, Staatenklage (<i>Matthias Pechstein</i>) | 518 |
| Artikel 260 | Wirkung und Durchsetzung des Feststellungsurteils (<i>Matthias Pechstein</i>) | 523 |
| Artikel 261 | Ermessensnachprüfung von Zwangsmaßnahmen (<i>Matthias Pechstein</i>) | 534 |
| Artikel 262 | Zuständigkeit auf dem Gebiet des geistigen Eigentums (<i>Matthias Pechstein</i>) | 539 |
| Artikel 263 | Nichtigkeitsklage (<i>Matthias Pechstein/Niklas Görlitz</i>) | 543 |
| Artikel 264 | Nichtigerklärung (<i>Matthias Pechstein</i>) | 613 |
| Artikel 265 | Untätigkeitsklage (<i>Matthias Pechstein</i>) | 618 |
| Artikel 266 | Verpflichtung aus dem Urteil (<i>Matthias Pechstein</i>) | 643 |
| Artikel 267 | Vorabentscheidung (<i>Matthias Pechstein/Niklas Görlitz</i>) | 648 |
| Artikel 268 | Schadensersatzklagen (<i>Matthias Pechstein</i>) | 701 |
| Artikel 269 | Eingeschränkte Kontrolle der Rechtsakte nach Art. 7 EUV (<i>Matthias Pechstein</i>) | 711 |
| Artikel 270 | Streitsachen zwischen der Union und den Bediensteten (<i>Sibylle Seyr</i>) | 713 |
| Artikel 271 | Zuständigkeit für gewisse Streitigkeiten betreffend EIB und EZB (<i>Marit Sademach/Ulrich Häde</i>) | 728 |
| Artikel 272 | Zuständigkeit aufgrund einer Schiedsklausel (<i>Matthias Pechstein</i>) | 741 |
| Artikel 273 | Zuständigkeit auf Grund eines Schiedsvertrages (<i>Matthias Pechstein</i>) | 746 |
| Artikel 274 | Zuständigkeit einzelstaatlicher Gerichte (<i>Matthias Pechstein</i>) | 751 |
| Artikel 275 | Unzuständigkeit des Gerichtshofs im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik (<i>Matthias Pechstein</i>) | 754 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|---|---|-------------|
| Artikel 276 | Unzuständigkeit des Gerichtshofs für Kontrolle mitgliedstaatlicher Maßnahmen der Polizei und Strafverfolgungsbehörden (<i>Matthias Pechstein</i>) | 761 |
| Artikel 277 | Inzidentkontrolle von Unionsrechtsakten (<i>Matthias Pechstein/Philipp Kubicki</i>) | 764 |
| Artikel 278 | Wirkung von Klagen beim Gerichtshof (<i>Matthias Pechstein</i>) | 777 |
| Artikel 279 | Einstweilige Anordnungen (<i>Matthias Pechstein</i>) | 777 |
| Artikel 280 | Vollstreckbarkeit (<i>Matthias Pechstein</i>) | 789 |
| Artikel 281 | Satzung (<i>Matthias Pechstein</i>) | 791 |
| Abschnitt 6 – Die Europäische Zentralbank | | 810 |
| Artikel 282 | Aufgaben und Maßnahmen; Rechtspersönlichkeit; Unabhängigkeit; Anhörungsrecht (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 810 |
| Artikel 283 | Organstruktur (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 816 |
| Artikel 284 | Teilnahmerechte; Jahresbericht (<i>Cornelia Manger-Nestler</i>) | 830 |
| Abschnitt 7 – Der Rechnungshof | | 839 |
| Artikel 285 | Aufgabe und Zusammensetzung (<i>Ulrich Häde</i>) | 839 |
| Artikel 286 | Mitglieder des Rechnungshofs (<i>Ulrich Häde</i>) | 844 |
| Artikel 287 | Aufgaben und Befugnisse des Rechnungshofs (<i>Ulrich Häde</i>) | 853 |
| Kapitel 2 – Rechtsakte der Union, Annahmeverfahren und sonstige Vorschriften | | 861 |
| Abschnitt 1 – Die Rechtsakte der Union | | 861 |
| Artikel 288 | Rechtsakte der Union (<i>Jörg Gundel</i>) | 861 |
| Artikel 289 | Ordentliches und besonderes Gesetzgebungsverfahren; Initiativrecht in besonderen Fällen (<i>Johannes Saurer</i>) | 945 |
| Artikel 290 | Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen auf die Kommission (<i>Jörg Gundel</i>) | 964 |
| Artikel 291 | Durchführung verbindlicher Rechtsakte durch die Mitgliedstaaten, Übertragung von Durchführungsbefugnissen (<i>Jörg Gundel</i>) | 985 |
| Artikel 292 | Rechtsgrundlage für Empfehlungen (<i>Johannes Saurer</i>) | 999 |
| Abschnitt 2 – Annahmeverfahren und sonstige Vorschriften | | 1005 |
| Artikel 293 | Kommissionsvorschlag; Änderungsrecht (<i>Johannes Saurer</i>) | 1005 |
| Artikel 294 | Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (<i>Johannes Saurer</i>) | 1012 |
| Artikel 295 | Interinstitutionelle Vereinbarungen (<i>Johannes Saurer</i>) | 1038 |
| Artikel 296 | Wahl der Handlungsform; Begründung (<i>Johannes Saurer</i>) ... | 1046 |
| Artikel 297 | Unterzeichnung, Veröffentlichung, Inkrafttreten (<i>Johannes Saurer</i>) | 1060 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|--------------------|--|-------------|
| Artikel 298 | Europäische Verwaltung (<i>Johannes Saurer</i>) | 1069 |
| Artikel 299 | Entscheidungen als vollstreckbare Titel; Zwangsvollstreckung (<i>Johannes Saurer</i>) | 1081 |
| Kapitel 3 | – Die beratenden Einrichtungen der Union | 1085 |
| Artikel 300 | Grundlegende Bestimmungen (<i>Marten Breuer</i>) | 1085 |
| Abschnitt 1 | – Der Wirtschafts- und Sozialausschuss | 1107 |
| Artikel 301 | Zusammensetzung (<i>Marten Breuer</i>) | 1107 |
| Artikel 302 | Amtszeit, Ernennungsverfahren (<i>Marten Breuer</i>) | 1109 |
| Artikel 303 | Geschäftsordnungsautonomie (<i>Marten Breuer</i>) | 1113 |
| Artikel 304 | Anhörung (<i>Marten Breuer</i>) | 1116 |
| Abschnitt 2 | – Der Ausschuss der Regionen | 1121 |
| Artikel 305 | Zusammensetzung, Ernennungsverfahren, Amtszeit (<i>Marten Breuer</i>) | 1121 |
| Artikel 306 | Geschäftsordnungsautonomie (<i>Marten Breuer</i>) | 1128 |
| Artikel 307 | Anhörung (<i>Marten Breuer</i>) | 1133 |
| Kapitel 4 | – Die Europäische Investitionsbank | 1140 |
| Artikel 308 | Rechtspersönlichkeit; Mitglieder; Satzung (<i>Marit Sademach/Ulrich Häde</i>) | 1140 |
| Artikel 309 | Aufgaben der EIB (<i>Marit Sademach/Ulrich Häde</i>) | 1152 |
| Titel II | – Finanzvorschriften | 1165 |
| Artikel 310 | Haushaltsplan und Haushaltsgrundsätze (<i>Ulrich Häde</i>) | 1165 |
| Kapitel 1 | – Die Eigenmittel der Union | 1183 |
| Artikel 311 | Eigenmittel (<i>Ulrich Häde</i>) | 1183 |
| Kapitel 2 | – Der mehrjährige Finanzrahmen | 1228 |
| Artikel 312 | Mehrjähriger Finanzrahmen (<i>Ulrich Häde</i>) | 1228 |
| Kapitel 3 | – Der Jahreshaushaltsplan der Union | 1234 |
| Artikel 313 | Haushaltsjahr (<i>Ulrich Häde</i>) | 1234 |
| Artikel 314 | Verfahren zur Festlegung des Haushaltsplans (<i>Ulrich Häde</i>) | 1235 |
| Artikel 315 | Nothaushaltsrecht (<i>Ulrich Häde</i>) | 1250 |
| Artikel 316 | Übertragbarkeit, Gliederung des Haushaltsplans (<i>Ulrich Häde</i>) | 1254 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------|
| Kapitel 4 – Ausführung des Haushaltsplans und Entlastung | 1257 |
| Artikel 317 Ausführung des Haushaltsplans (<i>Ulrich Häde</i>) | 1257 |
| Artikel 318 Rechnungslegung (<i>Ulrich Häde</i>) | 1261 |
| Artikel 319 Entlastung der Kommission (<i>Ulrich Häde</i>) | 1263 |
| Kapitel 5 – Gemeinsame Bestimmungen | 1269 |
| Artikel 320 Grundsatz der Rechnungseinheit (<i>Ulrich Häde</i>) | 1269 |
| Artikel 321 Währungstransfers, Finanzgeschäfte (<i>Ulrich Häde</i>) | 1271 |
| Artikel 322 Haushaltsvorschriften (<i>Ulrich Häde</i>) | 1273 |
| Artikel 323 Finanzmittel für Verpflichtungen gegenüber Dritten (<i>Ulrich Häde</i>) | 1278 |
| Artikel 324 Treffen der Präsidenten, Trilog (<i>Ulrich Häde</i>) | 1279 |
| Kapitel 6 – Betrugsbekämpfung | 1284 |
| Artikel 325 Schutz der finanziellen Interessen der Union (<i>Walter Frenz</i>) | 1284 |
| Titel III – Verstärkte Zusammenarbeit | 1298 |
| Artikel 326 Achtungsgebot und Beeinträchtigungsverbot (<i>Andreas Haratsch</i>) | 1298 |
| Artikel 327 Wechselseitige Rücksichtnahmepflichten (<i>Andreas Haratsch</i>) | 1301 |
| Artikel 328 Offenheit für alle Mitgliedstaaten (<i>Andreas Haratsch</i>) | 1303 |
| Artikel 329 Ermächtigungsverfahren (<i>Andreas Haratsch</i>) | 1307 |
| Artikel 330 Beschlussfassung im Rahmen der Verstärkten Zusammenarbeit (<i>Andreas Haratsch</i>) | 1313 |
| Artikel 331 Beitritt zur Verstärkten Zusammenarbeit (<i>Andreas Haratsch</i>) | 1316 |
| Artikel 332 Ausgabenlast (<i>Andreas Haratsch</i>) | 1322 |
| Artikel 333 Brückenklausel (<i>Andreas Haratsch</i>) | 1324 |
| Artikel 334 Kohärenzgebot (<i>Andreas Haratsch</i>) | 1327 |
| Siebter Teil – Allgemeine und Schlussbestimmungen | 1329 |
| Artikel 335 Rechts- und Geschäftsfähigkeit und Vertretung der Union (<i>Carsten Nowak</i>) | 1331 |
| Artikel 336 Beamtenstatut; Beschäftigungsbedingungen (<i>Sibylle Seyr</i>) ... | 1340 |
| Artikel 337 Auskunfts- und Nachprüfungsrechte der Kommission (<i>Carsten Nowak</i>) | 1355 |
| Artikel 338 Unionsstatistiken (<i>Carsten Nowak</i>) | 1386 |
| Artikel 339 Geheimhaltungspflicht der Mitglieder der Unionseinrichtungen (<i>Carsten Nowak</i>) | 1405 |
| Artikel 340 Amtshaftung der Union (<i>Jörg Philipp Terhechte</i>) | 1428 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------------------------|---|------|
| Artikel 341 | Sitz der Unionsorgane (<i>Carsten Nowak</i>) | 1465 |
| Artikel 342 | Sprachenfrage; Amts- und Arbeitssprachen (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1471 |
| Artikel 343 | Vorrechte und Befreiungen der Union (<i>Marten Breuer</i>) | 1486 |
| Artikel 344 | Ausschließlichkeit der Bestimmungen über Regelung von Streitigkeiten (<i>Matthias Pechstein</i>) | 1494 |
| Artikel 345 | Eigentumsordnung (<i>Markus Krajewski</i>) | 1497 |
| Artikel 346 | Ausnahme bei wesentlichen Sicherheitsinteressen; Rüstungsgüter (<i>Walter Frenz</i>) | 1506 |
| Artikel 347 | Notstandsvorbehalt (<i>Walter Frenz</i>) | 1517 |
| Artikel 348 | Anpassungsmaßnahmen; besonderes Vertragsverletzungsverfahren (<i>Walter Frenz</i>) | 1530 |
| Artikel 349 | Sonderregelungen für bestimmte außereuropäische Territorien der Mitgliedstaaten (<i>Walter Frenz</i>) | 1536 |
| Artikel 350 | Benelux-Union (<i>Burkhard Schöbener</i>) | 1541 |
| Artikel 351 | Verhältnis von EUV und AEUV zu früheren Verträgen der Mitgliedstaaten (<i>Dagmar Richter/Thomas Giegerich</i>) | 1545 |
| Artikel 352 | Kompetenzergänzungsklausel (<i>Walter Frenz</i>) | 1582 |
| Artikel 353 | Änderung der Einstimmigkeit (<i>Claudio Franzius</i>) | 1593 |
| Artikel 354 | Aussetzung von Stimmrechten eines Mitgliedstaats (<i>Carsten Nowak</i>) | 1599 |
| Artikel 355 | Räumlicher Geltungsbereich der Verträge; Sonderfälle (<i>Carsten Nowak</i>) | 1603 |
| Artikel 356 | Geltungsdauer des AEUV (<i>Carsten Nowak</i>) | 1614 |
| Artikel 357 | Ratifizierung und Inkrafttreten (<i>Rainer Schröder</i>) | 1620 |
| Artikel 358 | Verbindlicher Wortlaut; Hinterlegung (<i>Sebastian Heselhaus</i>) | 1622 |
| Stichwortverzeichnis | | 1* |

Vertrag über die Europäische Union
(EUV)

Präambel

SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG DER BELGIER, IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN VON DÄNEMARK, DER PRÄSIDENT DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND, DER PRÄSIDENT DER GRIECHISCHEN REPUBLIK, SEINE MAJESTÄT DER KÖNIG VON SPANIEN, DER PRÄSIDENT DER FRANZÖSISCHEN REPUBLIK, DER PRÄSIDENT IRLANDS, DER PRÄSIDENT DER ITALIENISCHEN REPUBLIK, SEINE KÖNIGLICHE HOHEIT DER GROSSHERZOG VON LUXEMBURG, IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DER NIEDERLANDE, DER PRÄSIDENT DER PORTUGIESISCHEN REPUBLIK, IHRE MAJESTÄT DIE KÖNIGIN DES VEREINIGTEN KÖNIGREICHS GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND⁽¹⁾,

ENTSCHLOSSEN, den mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften eingeleiteten Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe zu heben,

SCHÖPFEND aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben,

INGEDENK der historischen Bedeutung der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und der Notwendigkeit, feste Grundlagen für die Gestalt des zukünftigen Europas zu schaffen,

IN BESTÄTIGUNG ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit,

IN BESTÄTIGUNG der Bedeutung, die sie den sozialen Grundrechten beimessen, wie sie in der am 18. Oktober 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und in der Unionscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer von 1989 festgelegt sind,

IN DEM WUNSCH, die Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Traditionen zu stärken,

IN DEM WUNSCH, Demokratie und Effizienz in der Arbeit der Organe weiter zu stärken, damit diese in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben in einem einheitlichen institutionellen Rahmen besser wahrzunehmen,

ENTSCHLOSSEN, die Stärkung und die Konvergenz ihrer Volkswirtschaften herbeizuführen und eine Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten, die im Einklang mit diesem Vertrag und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union eine einheitliche, stabile Währung einschließt,

IN DEM FESTEN WILLEN, im Rahmen der Verwirklichung des Binnenmarkts sowie der Stärkung des Zusammenhalts und des Umweltschutzes den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung zu fördern und Politiken zu verfolgen, die gewährleisten, dass Fort-

¹ Seit dem ursprünglichen Vertragsschluss sind Mitgliedstaaten der Europäischen Union geworden: die Republik Bulgarien, die Tschechische Republik, die Republik Estland, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, die Republik Ungarn, die Republik Malta, die Republik Österreich, die Republik Polen, Rumänien, die Republik Slowenien, die Slowakische Republik, die Republik Finnland und das Königreich Schweden. Anm. der Hrsg.: Bei diesem Fußnotentext handelt es sich um einen amtlichen Hinweis in der jüngsten konsolidierten Fassung des EU-Vertrags, vgl. ABl. 2012, C 326/13 (15).

EUV Präambel

schritte bei der wirtschaftlichen Integration mit parallelen Fortschritten auf anderen Gebieten einhergehen,

ENTSCHLOSSEN, eine gemeinsame Unionsbürgerschaft für die Staatsangehörigen ihrer Länder einzuführen,

ENTSCHLOSSEN, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, wozu nach Maßgabe des Artikels 42 auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, und so die Identität und Unabhängigkeit Europas zu stärken, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt zu fördern,

ENTSCHLOSSEN, die Freizügigkeit unter gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit ihrer Bürger durch den Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrags und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu fördern,

ENTSCHLOSSEN, den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas, in der die Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden, weiterzuführen,

IM HINBLICK auf weitere Schritte, die getan werden müssen, um die europäische Integration voranzutreiben,

HABEN BESCHLOSSEN, eine Europäische Union zu gründen; sie haben zu diesem Zweck zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

(Aufzählung der Bevollmächtigten nicht wiedergegeben)²

DIESE SIND nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN:

Literaturübersicht

Alsen, Der Europäische Integrationsauftrag der EU – Überlegungen zur Erweiterungs-, Assoziierungs- und Nachbarschaftspolitik der EU aus der Warte einer europäischen Prinzipienlehre, 2009; *Berthelet*, De la «Rechtsgemeinschaft» européenne à la «Wertgemeinschaft» cosmopolitique, la constitutionnalisation du droit de l'Union sous le signe des valeurs, RDUE 2016, 315; *Blanke/Pilz*, Solidarische Finanzhilfen als Lackmustest föderaler Balance in der Europäischen Union, EuR 2014, 541; *von Bogdandy*, The Preamble, in: de Witte (Hrsg.), Ten Reflections on the Constitutional Treaty for Europe, 2003, S. 3; *v. Bogdandy/Ioannidis*, Das systemische Defizit – Merkmale, Instrumente und Probleme am Beispiel der Rechtsstaatlichkeit und des neuen Rechtsstaatlichkeitsaufsichtsverfahrens, ZaöRV 2014, 283; *Borowsky*, Wertegemeinschaft Europa, DRiZ 2001, 275; *Busse*, Eine kritische Würdigung der Präambel der Europäischen Grundrechtecharta, EuGRZ 2002, 559; *Calliess*, Europa als Wertegemeinschaft – Integration und Identität durch europäisches Verfassungsrecht, JZ 2004, 1033; *ders.*, Perspektiven des Euro zwischen Solidarität und Recht – Eine rechtliche Analyse der Griechenlandhilfe und des Rettungsschirms, ZEuS 2011, 213; *ders.*, Die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft – Überlegungen vor dem Hintergrund der Staatsschuldenkrise in der Eurozone, in: Calliess/Kahl/Schmalenbach (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Rechte in der Europäischen Union, 2014, S. 63; *Fischer*, Vom Staatenverbund zur Föderation – Gedanken über die Finalität der europäischen Integration, integration 2000, 149; *Goerlich*, Der Gottesbezug in Verfassungen, in: *ders./Huber/Lehmann* (Hrsg.), Verfassung ohne Gottesbezug? Zu einer aktuellen europäischen Kontroverse, 2004, S. 9; *Häberle*, Präambeln im Text und Kontext von Verfassungen, FS Broermann, 1982, S. 211; *ders.*, Europäische Verfassungslehre, 7. Aufl., 2011; *Hatje*, Die EU auf dem Weg zur Solidarunion – Wandel durch Krise, in: *Hatje/Iliopoulos/Iliopoulos-Strangas/Kämmerer* (Hrsg.), Verantwortung und Solidarität in der Europäischen Union – Ein deutsch-griechischer Rechtsdialog, 2015, S. 73; *Heit*, Europäische Identitätspolitik in der EU-Verfassungspräambel – Zur Ursprungsmythischen Begründung eines universalistischen europäischen Selbstverständnisses, ARSP 90 (2004), 461; *Her-*

² Anm. der Hrsg.: Hierbei handelt es sich um einen amtlichen Hinweis in der jüngsten konsolidierten Fassung des EU-Vertrags, vgl. ABl. 2012, C 326/13 (16).

degen, Die Europäische Union als Wertegemeinschaft: aktuelle Herausforderungen, FS Scholz, 2007, S. 139; *Hilpold*, Die Unionsbürgerschaft – Entwicklung und Probleme, EuR 2015, 133; *ders.*, Solidarität im EU-Recht: Die »Inseln der Solidarität« unter besonderer Berücksichtigung der Flüchtlingsproblematik und der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, EuR 2016, 373; *Hoffmeister*, Das Prinzip der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten im Vertrag von Lissabon, in: Pernice (Hrsg.), Der Vertrag von Lissabon: Reform der EU ohne Verfassung?, 2008, S. 152; *Holterhus/Kornack*, Die materielle Struktur der Unionsgrundwerte – Auslegung und Anwendung des Art. 2 EUV im Lichte aktueller Entwicklungen in Rumänien und Ungarn, EuGRZ 2014, 389; *Isak*, Loyalität und Solidarität in der EU – Einführung, ZÖR 2015, 287; *Isensee*, Christliches Erbe im organisierten Europa – Phobie und Legitimationschance, JZ 2015, 745; *Joas/Mandry*, Europa als Werte- und Kulturgemeinschaft, in: Schuppert/Pernice/Halter (Hrsg.), Europawissenschaft, 2005, S. 541; *Kahl*, Das Souveränitätsverständnis des Bundesverfassungsgerichts im Spiegel von dessen neuerer Rechtsprechung, in: Calliess/Kahl/Schmalenbach (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Rechte in der Europäischen Union, 2014, S. 23; *Klamert*, Loyalität und Solidarität in der Europäischen Union, ZÖR 2015, 265; *Klein*, Verfassungsgebung, Verfassungsrevision, Volksabstimmung, in: Calliess/Kahl/Schmalenbach (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Rechte in der Europäischen Union, 2014, S. 97; *Knodt*, Gemeinwohl und Solidarität in der Europäischen Union, FS Müller-Graff, 2015, S. 1022; *Knosp*, Per Aspera ad astra oder der lange Marsch der Europäischen Sozialcharta durch die Institutionen der Revision, ZESAR 2015, 449; *Kotzur*, Theorieelemente des internationalen Menschenrechtsschutzes – Das Beispiel der Präambel des Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte, 2000; *ders.*, Die Präambel, die Artikel zu den Werten und Zielen der Europäischen Union, in: Niedobitek/Zemánek (Hrsg.), Continuing the European Constitutional Debate – German and Czech Contributions from a Legal Perspective, 2008, S. 187; *Kreß*, Gott in der Verfassung? – Kritische Anmerkungen zu einer neu angefachten Debatte, ZRP 2015, 152; *Kulow*, Inhalte und Funktionen der Präambel des EG-Vertrages, 1997; *Kunig*, Solidarität als rechtliche Verpflichtung, FS Schwarze, 2014, S. 190; *Mandry*, Europa als Wertegemeinschaft – Eine theologisch-ethische Studie zum politischen Selbstverständnis der Europäischen Union, 2009; *Lais*, Das Solidaritätsprinzip im europäischen Verfassungsverbund, 2007; *Lenaerts*, In Vielfalt geeint/Grundrechte als Basis des europäischen Integrationsprozesses, EuGRZ 2015, 353; *Miliopoulos*, Die Präambel, in: Marchetti/Demesmay (Hrsg.), Der Vertrag von Lissabon – Analyse und Bewertung, 2010, S. 35; *Naumann*, Eine religiöse Referenz in einem Europäischen Verfassungsvertrag, 2008; *Otoo*, Die normative Wirkung von Präambeln im europäischen Primärrecht, 2013; *Nicolaysen*, Das Integrationskonzept der Gründungsverträge, in: Schäfer/Wass von Czege (Hrsg.), Das Gemeinsame Europa – viele Wege, kein Ziel?, 2007, S. 33; *ders.*, Das Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Kontext der Europarechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, EuR-Beih. 1/2010, 9; *Nowak*, Binnenmarktziel und Wirtschaftsverfassung der Europäischen Union vor und nach dem Reformvertrag von Lissabon, EuR-Beih. 1/2009, 129; *ders.*, Die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union: Mittelmeerraum und Osteuropa, in: Odenhah/Giegerich (Hrsg.), Räume im Völker- und Europarecht, 2015, S. 105; *Oppermann*, Europäische Hoffnungen und was nach 50 Jahren daraus wurde – Im Spiegel von Peter Baduras Gedanken, AöR (141) 2016, 136; *Pache*, Das Ende der europäischen Integration? – Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon, zur Zukunft Europas und der Demokratie, EuGRZ 2009, 285; *Papier*, Verfassungsfragen der europäischen Integration, in: Calliess/Kahl/Schmalenbach (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Rechte in der Europäischen Union, 2014, S. 11; *Pernice*, Zur Finalität Europas, in: Schuppert/Pernice/Halter (Hrsg.), Europawissenschaft, 2005, S. 743; *Pürner*, Kroatien in der EU: Bestandsaufnahme der Ausgangssituation, WiRO 2013, 193; *Rensmann*, Grundwerte im Prozeß der europäischen Konstitutionalisierung. Anmerkungen zur Europäischen Union als Wertegemeinschaft, in: Blumenwitz (Hrsg.), Die Europäische Union als Wertegemeinschaft, 2005, S. 49; *Riedel*, Gott in der Europäischen Verfassung? – Zur Frage von Gottesbezug, Religionsfreiheit und Status der Kirchen im Vertrag über eine Verfassung für Europa, EuR 2005, 676; *Robbers*, Die Präambel der Verfassung für Europa – Ein Entwurf, FS Häberle, 2004, S. 251; *Ruffert*, An den Grenzen des Integrationsverfassungsrechts: Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon, DVBl 2009, 1197; *Schilling*, Eine neue Verfassung für Deutschland – Art. 146 GG und die Rolle des Bundesverfassungsgerichts, Der Staat 2014, 95; *Schoepke*, Die rechtliche Bedeutung der Präambel des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland – Eine Grundlegung mit rechtshistorischer Einführung und Abhandlung der Präambeln zu den Verfassungen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland, 1965; *Schorkopf*, Die Europäische Union im Lot – Karlsruhes Rechtsspruch zum Vertrag von Lissabon, EuZW 2009, 718; *Schwarze*, Die verordnete Demokratie – Zum Urteil des 2. Senats des BVerfG zum Lissabon-Vertrag, EuR 2010, 108; *Selmayr*, Endstation Lissabon? – Zehn Thesen zum »Niemals«-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Juni 2009, ZEuS 2009, 637;

EUV Präambel

Skouris, Die Unionsbürgerschaft in der jüngsten Rechtsprechung des Gerichtshofs der Europäischen Union, in: Calliess/Kahl/Schmalenbach (Hrsg.), Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und soziale Rechte in der Europäischen Union, 2014, S. 147; *Sommermann*, Integrationsgrenzen des Grundgesetzes und europäischer Verfassungsverbund: Brauchen wir eine neue Verfassung?, DÖV 2013, 708; *Speer*, Die Europäische Union als Wertegemeinschaft, DÖV 2001, 980; *Steiner*, Die Verwirklichung des Solidaritätsprinzips im Unionsrecht, ZfRV 2013, 244; *Stern/Sachs* (Hrsg.), Europäische Grundrechte-Charta – Kommentar, 2016; *Terhechte*, Europäischer Bundesstaat, supranationale Gemeinschaft oder Vertragsunion souveräner Staaten? – Zum Verhältnis von Staat und Union nach dem Lissabon-Urteil des BVerfG, EuR-Beih. 1/2010, 135; *Tomuschat*, Lisbon – Terminal of the European Integration Process? The Judgment of the German Constitutional Court of 30 June 2009, ZaöRV 70 (2010), 251; *Vogt*, Der Gottesbezug in der Präambel des Grundgesetzes – Historische Grundlagen und juristische Interpretation, 2007; *Wägenbaur*, Die Europäische Verfassung, (k)ein Platz für abendländische Werte?, EuZW 2003, 609; *Weber*, Die Europäische Union unter Richtervorbehalt – Rechtsvergleichende Anmerkungen zum Urteil des BVerfG v. 30. 6. 2009, JZ 2010, 157; *Weiß*, Loyalität und Solidarität in der Europäischen Verwaltung, ZÖR 2015, 403.

Inhaltsübersicht

| | Rn. |
|--|-----|
| A. Überblick | 1 |
| B. Grundstruktur und Kernaussagen der EUV-Präambel | 3 |
| I. Auskünfte über das Gewollte und über die beteiligten Akteure | 4 |
| II. Vierzehn Abschnitte oder Erwägungsgründe zu den hinter der Gründung und der Fortentwicklung der EU stehenden Motiven, Erfahrungen, Wünschen und Zielen | 6 |
| 1. Erwägungsgründe zum zentralen Anliegen der Unionsgründung sowie zum Prozesscharakter und zur Entwicklungsoffenheit der europäischen Integration | 7 |
| 2. Erwägungsgründe zu den historischen Grundmotiven und Fundamenten der europäischen Integration | 10 |
| 3. Erwägungsgründe zu den Werten der Union und zu einigen Kerngrundsätzen des Unionsrechts | 12 |
| 4. Erwägungsgründe zu einigen bedeutsamen Politikbereichen und Verfassungszielen der Union | 17 |
| C. Funktionen und rechtliche Bedeutung der EUV-Präambel | 22 |

A. Überblick

- 1 Der EU-Vertrag in der Fassung von Lissabon beginnt mit einer recht umfangreichen Präambel, die von zwei weiteren Präambeln im Vertrag über die Arbeitsweise der EU (s. Präambel AEUV, Rn. 1 ff.) und in der Charta der Grundrechte der EU (s. Präambel GRC, Rn. 1 ff.) flankiert wird. Mit dieser im Rahmen der europäischen Integration keinesfalls überraschenden, sondern vielmehr üblichen und dabei zugleich den Traditionen des Völkervertragsrechts und des innerstaatlichen Verfassungsrechts entsprechenden Vertragstechnik³ folgen die beiden vorgenannten Verträge und die nach Art. 6 Abs. 1

³ Instruktiv zur üblichen Verwendung von Präambeln im Verfassungskontext sowie zu ihrer Bedeutung und Interpretation vgl. etwa *Häberle*, FS Broermann, S. 211 ff.; *Schoepke*, S. 1 ff.; *Stern/Tettinger*, in: *Tettinger/Stern*, EuGRCh, Präambel A, Rn. 11 ff.; *Weber*, in: *Stern/Sachs*, GRC-Kommentar, Präambel, Rn. 10 ff.; entsprechend für das Völkerrecht vgl. jeweils m. w. N. *Frowein*, in: *Frowein/Peukert*, EMRK, Präambel, Rn. 1 ff.; *Kotzur*, Theorieelemente des internationalen Menschenrechtsschutzes, S. 59 ff.; *Naumann*, S. 85 ff.; entsprechend für das Europarecht vgl. insb. *Häberle*, Europäische Verfassungslehre, S. 274 ff.; sowie *Miliopoulos*, S. 35 ff. Näher zu den bis in die Antike zurückreichenden rechtsgeschichtlichen Dimensionen neuzeitlicher Präambeln vgl. *Dreier*, in: *Dreier*, GG, Präambel, Rn. 1 ff.; *Otoo*, S. 164 ff.

EUV einen gleichen rechtlichen Rang einnehmende EU-Grundrechtecharta sowohl den damaligen Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (s. Art. 1 EUV, Rn. 16) und der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (s. Art. 1 EUV, Rn. 18) sowie dem noch heute geltenden »Euratom«-Vertrag⁴ als auch der Einheitlichen Europäischen Akte (s. Art. 1 EUV, Rn. 21) sowie den späteren Reform- bzw. Änderungsverträgen von Amsterdam, Nizza und Lissabon (s. Art. 1 EUV, Rn. 22 f.), die ebenfalls durch eine jeweils vertragsspezifische Präambel eingeleitet werden.⁵ In etymologischer Hinsicht lässt sich der hier in Rede stehende **Präambel-Begriff** auf das klassisch-lateinische Verbum *prae-ambulare* (vorgehen) und auf das mittellateinische Lehnwort *praeambulum* (Vorspruch) zurückführen.⁶

Indem der **Lissabonner Reformvertrag** (s. Art. 1 EUV, Rn. 33 ff.) in Übereinstimmung mit dem damaligen Gemeinschafts- und Unionsrecht in der Fassung von Nizza daran festgehalten hat, dass der EU-Vertrag, die EU-Grundrechtecharta und der den früheren EG-Vertrag ersetzende Vertrag über die Arbeitsweise der EU durch drei unterschiedliche Präambeln eingeleitet werden (s. Rn. 1), weicht dieser Reformvertrag in auffälliger Weise von dem »gescheiterten« **Vertrag über eine Verfassung für Europa** (s. Art. 1 EUV, Rn. 28 ff.) ab, der »nur« zwei Präambeln – d.h. eine allen vier Vertragsteilen vorgeschaltete Präambel⁷ und eine speziell für die im zweiten Vertragsteil untergebrachte EU-Grundrechtecharta geltende Präambel⁸ – vorsah. In inhaltlicher Hinsicht weicht die den 55 Artikeln des EU-Vertrags vorangestellte Präambel nicht nur von den verschiedenen Präambeln der vorgenannten Gründungs- und Änderungsverträge, der EU-Grundrechtecharta und des Vertrags über die Arbeitsweise der EU, sondern zum Teil auch von der bereits durch die Änderungsverträge von Amsterdam und Nizza leicht modifizierten Ursprungsfassung dieser Präambel in der Fassung des Maastrichter Vertrags ab (B.). Im Hinblick auf die zentralen Funktionen und die rechtliche Bedeutung weist die durch den Lissabonner Reformvertrag abermals leicht veränderte Präambel des EU-Vertrags nicht nur einige Gemeinsamkeiten oder Ähnlichkeiten mit den Präambeln der anderen oben genannten Vertragswerke, sondern auch mit der Präambel des deutschen Grundgesetzes auf (C.).

⁴ Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25. 3. 1957 (BGBl. II S. 1014); zuletzt geändert durch das dem Lissabonner Reformvertrag beigefügte Protokoll Nr. 2 zur Änderung des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (ABl. 2007, C 306/199) sowie durch Art. 11 der Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Beitrittsakte 2013), ABl. 2012, L 112/21, i. V. m. der Unterrichtung über das am 1. 7. 2013 erfolgte Inkrafttreten des zwischen 27 EU-Mitgliedstaaten und der Republik Kroatien geschlossenen Beitrittsvertrags, ABl. 2013, L 300/5.

⁵ Exemplarisch zur Präambel des Lissabonner Reformvertrags vgl. etwa *Obwexer*, Aufbau, Systematik, Struktur und tragende Grundsätze des Vertrags von Lissabon, in: Hummer/ders. (Hrsg.), *Der Vertrag von Lissabon*, 2009, S. 95 (98); sowie *Otoo*, S. 129 ff.

⁶ Zutr. vgl. statt vieler *Meyer*, in: Meyer, GRCh, Präambel, Rn. 2.

⁷ Näher zu dieser Präambel vgl. *Heintschel von Heinegg*, in: Vedder/Heintschel von Heinegg, *EUV*, Präambel, Rn. 1 ff.; *Heit*, ARSP 90 (2004), 461; *Kotzur*, in: Niedobitek/Zemánek, S. 187 (189 ff.); *Miliopoulos*, S. 35 ff.; *Otoo*, S. 70 ff.; *Robbers*, S. 251 ff.

⁸ Näher dazu vgl. *Busse*, EuGRZ 2002, 559; *Otoo*, S. 17 ff.

B. Grundstruktur und Kernaussagen der EUV-Präambel

- 3 In struktureller Hinsicht besteht die Präambel des EU-Vertrags gewissermaßen aus zwei Teilen. Während ein sich aus einigen anfänglichen und abschließenden Zeilen zusammensetzender Teil dieser Präambel verdeutlicht, welche Mitgliedstaaten auf welche Weise die Europäische Union gegründet haben und diese Union durch den Lissabonner Reformvertrag fortentwickeln wollen (I.), gibt ihr zweiter und längster Teil, der sich als ein aus vierzehn Abschnitten oder Erwägungsgründen bestehender Mittelteil qualifizieren lässt, nähere Auskunft darüber, welche Motive, Beweggründe, Erfahrungen, Erwägungen, Hoffnungen und Wünsche hinter der Gründung und Fortentwicklung der Union stehen, über welche Alleinstellungsmerkmale sie verfügt, auf welchen Werten sich diese Union gründet, welche Grundsätze ihr besonders wichtig sind und welche Ziele zu ihren zentralen Verfassungszielen gehören (II.).

I. Auskünfte über das Gewollte und über die beteiligten Akteure

- 4 Die Präambel des EU-Vertrags beginnt in Abweichung von der Präambel der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die diesbezüglich auf die »Völker Europas« abstellt (s. Präambel GRC, Rn. 1 ff.), zunächst einmal mit einer Auflistung der Staatsoberhäupter jener Länder, die in den Jahren 1992/1993 – d. h. zur Zeit der Unterzeichnung und des Inkrafttretens des Maastrichter Unionsvertrags (s. Art. 1 EUV, Rn. 22) – zu den damaligen Gründerstaaten und somit auch zu den ersten zwölf Mitgliedstaaten der EU gehörten.⁹ Diese anfängliche **Auflistung der Staatsoberhäupter der Gründerstaaten** erstreckt sich auf die Könige, Königinnen und/oder königlichen Hoheiten Belgiens, Dänemarks, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Luxemburgs, der Niederlande und Spaniens sowie auf die Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland, der Griechischen Republik, der Französischen Republik, der Italienischen Republik, der Portugiesischen Republik und Irlands, die ausweislich der Schlusspassagen dieser Präambel zum einen beschlossen haben, »eine Europäische Union zu gründen«, und zum anderen zu diesem Zweck jeweils hochrangige Ministerpersönlichkeiten aus ihren Ländern »zu ihren Bevollmächtigten ernannt« haben. Von einer namentlichen Nennung oder Auflistung dieser Bevollmächtigten ist in der jüngsten konsolidierten Fassung des EU-Vertrags – anders als in der Präambel des Lissabonner Reformvertrags¹⁰ – nunmehr Abstand genommen worden,¹¹ da derartige Auflistungen ohnehin immer nur für begrenzte Zeit der politischen Realität entsprechen. Dies verdeutlicht insbesondere der Umstand, dass die in der Maastrichter Ursprungsfassung der hier in Rede stehenden Präambel einst als **Bevollmächtigte** ausgewiesenen Personen,¹² die auch noch in der Amsterdamer Fassung dieser Präambel als Bevollmächtigte aufgelistet waren,¹³ im Zuge der späteren Vertrags- bzw. Verfassungsreformen von Nizza durch neue Bevollmächtigte ersetzt wurden,¹⁴ die – wie beispielsweise der damalige deutsche Bundesminister

⁹ Mit einem davon abweichenden Präambel-Vorschlag, der – ähnlich wie der 1. Absatz der Präambel der EU-Grundrechtecharta – die Völker Europas in den Vordergrund rückt, vgl. *v. Bogdandy*, S. 3 ff.

¹⁰ Vgl. ABl. 2007, C 306/3.

¹¹ Vgl. ABl. 2012, C 326/16.

¹² Vgl. ABl. 1992, C 191/1.

¹³ Vgl. ABl. 1997, C 340/150.

¹⁴ Vgl. ABl. 2001, C 80/4.

des Auswärtigen in Gestalt von *Joseph* (»*Joschka*«) *Fischer* – heute längst nicht mehr im Amt sind.

Am Ende der Präambel des EU-Vertrags heißt es schließlich, dass »DIESE« – d. h. die 5
vorgenannten Bevollmächtigten (s. Rn. 4) – »nach Austausch ihrer als gut und gehörig befundenen Vollmachten wie folgt ÜBEREINGEKOMMEN [SIND]«. Den konkreten Gegenstand dieser Übereinkunft bildet die Gesamtheit der nachfolgenden 55 Artikel des EU-Vertrags in der Fassung von Lissabon, wobei der oben genannte **Beschluss zur Gründung der EU** (s. Rn. 4) vornehmlich durch Art. 1 Abs. 1 EUV umgesetzt wird, der besagt, dass die HOHEN VERTRAGSPARTEIEN durch diesen Vertrag untereinander eine EUROPÄISCHE UNION gründen, der die Mitgliedstaaten Zuständigkeiten zur Verwirklichung ihrer gemeinsamen Ziele übertragen (s. Art. 1 EUV, Rn. 7 ff.). Diese 55 Artikel des EU-Vertrags und dessen einleitende Präambel sind nicht nur für jene EU-Mitgliedstaaten, deren Staatsoberhäupter im »Kopf« der Präambel explizit genannt werden (s. Rn. 4), sondern selbstverständlich **auch für die Staaten verbindlich, die erst nach Gründung der Union mit Wirkung zum 1. 1. 2005 (Finnland, Österreich und Schweden), zum 1. 5. 2004 (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern) und/oder zum 1. 1. 2007 (Bulgarien und Rumänien) in den Kreis der EU-Mitgliedstaaten aufgenommen worden sind**. Dies wird in der jüngsten konsolidierten Fassung des EU-Vertrags vor allem dadurch zum Ausdruck gebracht, dass der anfänglichen Auflistung einzelner Staatsoberhäupter (s. Rn. 4) eine Fußnote folgt, in der von amtlicher Seite darauf hingewiesen wird, dass seit dem ursprünglichen Vertragsschluss die Republik Bulgarien, die Tschechische Republik, die Republik Estland, die Republik Zypern, die Republik Lettland, die Republik Litauen, die Republik Ungarn, die Republik Malta, die Republik Österreich, die Republik Polen, Rumänien, die Republik Slowenien, die Slowakische Republik, die Republik Finnland und das Königreich Schweden Mitgliedstaaten der Europäischen Union geworden sind.¹⁵ Diese Klarstellung ist allerdings mit Wirkung zum 1. 7. 2013 etwas unvollständig geworden, da seit diesem Tag auch die Republik Kroatien zu den an das Unionsrecht gebundenen EU-Mitgliedstaaten gehört.¹⁶

II. Vierzehn Abschnitte oder Erwägungsgründe zu den hinter der Gründung und der Fortentwicklung der EU stehenden Motiven, Erfahrungen, Wünschen und Zielen

In ihrem durch die vorgenannten Auskünfte und Klarstellungen (s. Rn. 4 f.) umrandeten 6
Mittelteil besteht die Präambel der EU-Vertrags in der Fassung von Lissabon aus vierzehn Abschnitten oder Erwägungsgründen,¹⁷ die sich in vier **verschiedene Hauptgrup-**

¹⁵ Vgl. ABl. 2012, C 326/15.

¹⁶ Vgl. dazu insbesondere die Akte über die Bedingungen des Beitritts der Republik Kroatien und die Anpassungen des Vertrags über die Europäische Union, des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft (Beitrittsakte 2013), ABl. 2012, L 112/21, i. V. m. der Unterrichtung über das am 1. 7. 2013 erfolgte Inkrafttreten des zwischen den damaligen 27 EU-Mitgliedstaaten und der Republik Kroatien geschlossenen Beitrittsvertrags, ABl. 2013, L 300/5. Instruktiv zum recht langen Weg Kroatiens in die EU, zur wirtschaftlichen Ausgangslage dieses Landes zu Beginn seiner EU-Mitgliedschaft sowie zu den beitragsbedingten Übergangsregelungen im Verhältnis zwischen Kroatien und der EU vgl. *Pürner*, WiRO 2013, 193.

¹⁷ Näher dazu vgl. auch mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen und Reihungen *Heintschel v. Heinegg*, in: *Vedder/Heintschel v. Heinegg*, Europäisches Unionsrecht, Präambel EUV, Rn. 3 ff.;

EUV Präambel

pen einteilen lassen. Der ersten Hauptgruppe sind zunächst einmal zwei etwas verstreute Abschnitte oder Erwägungsgründe zuzuordnen, die sich mit dem zentralen Anliegen der Unionsgründung sowie mit dem prozesshaften Wesen und der damit verbundenen Entwicklungsoffenheit der europäischen Integration befassen (1.). Die zweite Hauptgruppe setzt sich sodann aus zwei weiteren Abschnitten oder Erwägungsgründen zusammen, die sich auf einige historische Grundmotive und Fundamente der europäischen Integration beziehen (2.). Dem schließt sich eine dritte Hauptgruppe an, die sich aus verschiedenen Abschnitten oder Erwägungsgründen zu den maßgeblichen Werten und einigen Kerngrundsätzen des Unionsrechts zusammensetzt (3.). Die vierte und größte Hauptgruppe von Erwägungsgründen hebt schließlich einige Verfassungsziele hervor, denen in verschiedensten Politik- und Tätigkeitsbereichen der Union herausragende Bedeutung zukommt (4.).

1. Erwägungsgründe zum zentralen Anliegen der Unionsgründung sowie zum Prozesscharakter und zur Entwicklungsoffenheit der europäischen Integration

- 7 Im **1. Erwägungsgrund**, dessen ursprünglicher (Maastrichter) Wortlaut weder durch die Änderungsverträge von Amsterdam und Nizza noch durch den Lissabonner Reformvertrag modifiziert worden ist, wird zunächst einmal der Entschlossenheit der Gründerstaaten Ausdruck verliehen, den mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaften eingeleiteten Prozess der europäischen Integration auf eine neue Stufe zu heben. Bei den vorgenannten Gemeinschaften handelt es sich um die im Jahre 1952 durch den so genannten Montanvertrag gegründete Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (s. Art. 1 EUV, Rn. 16) sowie um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft, die durch die jeweils am 1. 1. 1958 in Kraft getretenen Römischen Verträge gegründet worden sind (s. Art. 1 EUV, Rn. 18). Soweit der durch die Gründung dieser Gemeinschaften eingeleitete Prozess der europäischen Integration ausweislich des 1. Erwägungsgrundes der EUV-Präambel durch die Gründung der Union und den EU-Vertrag auf »eine neue Stufe« gehoben wird, lässt sich dies nur im Sinne einer weiteren Förderung und Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses verstehen.¹⁸ Dies klingt in recht ähnlicher Weise auch in Art. 1 Abs. 2 EUV an, wonach der EU-Vertrag eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas darstellt (s. Art. 1 EUV, Rn. 12 ff.).
- 8 Da im 1. Erwägungsgrund der Präambel sowie in Art. 1 Abs. 2 EUV jeweils von einer »neuen Stufe« und nicht von einer letzten Stufe gesprochen wird, verdeutlichen diese beiden Bestandteile des primären Unionsrechts zunächst einmal den auch weiterhin gegebenen Prozesscharakter der europäischen Integration. Diesen Prozesscharakter unterstreicht im Übrigen auch der durch die Änderungsverträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon vollkommen unangetastet gebliebene **13. Erwägungsgrund** der EUV-Präambel, der den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas hervorhebt, sowie der erste Absatz der Präambel der EU-Grundrechtecharta, der in einer mit dem ersten Absatz der AEUV-Präambel (s. Rn. 1) durchaus vergleichbaren Weise die Entschlossenheit der Völker Europas zum Ausdruck bringt, sich im Sinne

Kadelbach, in: GSH, Europäisches Unionsrecht, Präambel EUV, Rn. 5 ff.; *Streinz*, in: Streinz, EUV/AEUV, Präambel EUV, Rn. 4 ff.; *Terhechte*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, EU, Präambel EUV (Mai 2014), Rn. 15 ff.

¹⁸ In diesem Sinne vgl. auch *Terhechte*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, EU, Präambel EUV (Mai 2014), Rn. 15 f. u. 40.

eines gleichermaßen auf Vertiefung und Erweiterung ausgerichteten Integrationsauftrags¹⁹ zu einer immer engeren Union zu verbinden. Dieser dynamische Prozess entspricht in seiner Entwicklungsoffenheit dem im 1. Erwägungsgrund angesprochenen Prozess der europäischen Integration (s. Rn. 7), da die so genannte Finalität Europas²⁰ bzw. der Europäischen Union und/oder die Endziele dieser beiden unauflösbar miteinander verbundenen Prozesse weder in der Präambel des EU-Vertrags noch anderswo im primären Unionsrecht in abschließender Weise vorgegeben werden.

Eine in die Zukunft weisende Ergänzung finden die vorgenannten Kernaussagen der EUV-Präambel schließlich in ihrem durch die Änderungsverträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon ebenfalls vollkommen unberührt gebliebenen **14. Erwägungsgrund**, in dem »weitere Schritte« angekündigt oder eingefordert werden, »die getan werden müssen, um die europäische Integration voranzutreiben«. Hiermit wird noch einmal verdeutlicht, dass die Europäische Union – unter Einschluss der durch Art. 49 EUV eröffneten Beitrittsmöglichkeiten (s. Art. 49 EUV, Rn. 1 ff.) gegenwärtiger EU-Nachbarstaaten²¹ und vorbehaltlich der erstmals durch Art. 50 EUV eröffneten Austrittsmöglichkeiten gegenwärtiger EU-Mitgliedstaaten (s. Art. 50 EUV, Rn. 1 ff.; Art. 356 AEUV, Rn. 5 f.) – auf Fortentwicklung angelegt ist²² und in ihrer gegenwärtigen Verfasstheit nicht als ein veränderungsfestes Endprodukt des europäischen Integrationsprozesses einzustufen ist. Dass sich möglicherweise aus dem Verfassungsrecht der EU-Mitgliedstaaten bestimmte Grenzen der europäischen Integration ableiten lassen können,²³ die ihrerseits nicht zwingend unüberwindbar sind,²⁴ steht dabei auf einem ganz anderen Blatt.

2. Erwägungsgründe zu den historischen Grundmotiven und Fundamenten der europäischen Integration

Die historische Bedeutung der zu den Grundmotiven des europäischen Integrationsprozesses²⁵ im Allgemeinen und der Unionsgründung im Besonderen gehörenden Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents und die Notwendigkeit, feste Grundlagen für die Gestalt des zukünftigen Europas zu schaffen, werden im **3. Erwägungsgrund** der EUV-Präambel hervorgehoben, der durch die Änderungsverträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon ebenfalls vollkommen unangetastet geblieben ist.

¹⁹ Instruktiv dazu vgl. m. w. N. *Alsen*, S. 42 ff.

²⁰ Näher dazu vgl. nur *Classen*, *EnzEuR*, Bd. 1, § 37, Rn. 1 ff.; *Fischer*, *Integration* 2000, 149; *Oppermann*, *AöR* 141 (2016), 136 (141 ff.); *Pernice*, S. 743 ff.

²¹ Zu den unterschiedlichen Beitrittsperspektiven einiger gegenwärtig von der Assoziations- und Nachbarschaftspolitik der EU erfasster Nachbarstaaten vgl. m. w. N. *Nowak*, in: *Odendahl/Giegerich*, S. 105 ff.

²² Zutr. *Streinz*, in: *Streinz*, *EUV/AEUV*, Präambel EUV, Rn. 4.

²³ Exemplarisch dazu vgl. *BVerfGE* 123, 267 – *Lissabon*; näher zu dieser Entscheidung unter besonderer Berücksichtigung der daraus abzuleitenden Integrationsgrenzen sowie zu ihrer überaus unterschiedlichen Rezeption im staats- und europarechtlichen Schrifttum vgl. nur *Kahl*, S. 23 ff.; *Nicolaysen*, *EuR-Beih.* 1/2010, 9; *Nowak*, *Europarecht*, S. 69 ff.; *Pache*, *EuGRZ* 2009, 285; *Ruffert*, *DVBl* 2009, 1197; *Schorckopf*, *EuZW* 2009, 718; *Schwarze*, *EuR* 2010, 108; *Selmayr*, *ZEuS* 2009, 637; *Sommermann*, *DÖV* 2013, 708; *Terhechte*, *EuR-Beih.* 1/2010, 135; *Tomuschat*, *ZaöRV* 70 (2010), 251; *Weber*, *JZ* 2010, 157.

²⁴ Kontrovers dazu, jeweils in spezieller Ansehung des Art. 146 GG, vgl. *Klein*, S. 97 ff.; *Papier*, S. 11 (17 ff.); *Schilling*, *Der Staat* 2014, 95; *Sommermann*, *DÖV* 2013, 708 (713 f.).

²⁵ Instruktiv zu diesen Grundmotiven vgl. insb. *Nicolaysen*, *Das Integrationskonzept der Gründungsverträge*, S. 33 ff.

- 11 Das historische Grundmotiv des europäischen Integrationsprozesses in Gestalt der Überwindung der Teilung des europäischen Kontinents wird im **2. Erwägungsgrund**, der mit dem 1. Erwägungsgrund der Präambel des »gescheiterten« Vertrags über eine Verfassung (s. Rn. 2) übereinstimmt und erstmals durch den Lissabonner Reformvertrag in die Präambel des EU-Vertrags integriert worden ist, sodann mit dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas in Verbindung gebracht, aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben. Besondere Erwähnung verdient an dieser Stelle der Hinweis darauf, dass das in diesem 2. Erwägungsgrund angesprochene religiöse Erbe Europas,²⁶ das im zweiten Absatz der Präambel der EU-Grundrechtecharta eine etwas andere Formulierung gefunden hat (s. Präambel GRC, Rn. 11), der kulturellen und religiösen Vielfalt der EU-Mitgliedstaaten im Einklang mit Art. 22 GRC, der die Union nicht nur zur Achtung der Vielfalt der Kulturen und Sprachen, sondern auch zur Achtung der Vielfalt der Religionen verpflichtet, hinreichenden Raum lässt,²⁷ da es nicht als ein andere Religionen oder Weltanschauungen ausgrenzendes Bekenntnis zum Christentum oder zu einer anderen Religionsgemeinschaft oder Religionsform verstanden werden kann. Dies findet seinen maßgeblichen Grund darin, dass die in den vergangenen Jahren von manchen Seiten unternommenen Versuche, einen Gottesbezug etwa der in der Präambel des deutschen Grundgesetzes enthaltenen Art²⁸ und/oder eine explizite Bezugnahme auf die christliche oder jüdisch-christliche Werteordnung in der Präambel des gescheiterten Vertrags über die Verfassung für Europa, in der Präambel der EU-Grundrechtecharta und/oder in der Präambel des EU-Vertrags unterzubringen,²⁹ am Widerstand laizistischer Mitgliedstaaten bzw. laizistisch denkender Persönlichkeiten gescheitert sind³⁰ und dass dieses Scheitern bei der Auslegung des 2. Erwägungsgrundes zu akzeptieren ist.

3. Erwägungsgründe zu den Werten der Union und zu einigen Kerngrundsätzen des Unionsrechts

- 12 Der im **2. Erwägungsgrund** enthaltene Hinweis darauf, dass die EU-Mitgliedstaaten aus dem kulturellen, religiösen und humanistischen Erbe Europas schöpfen (s. Rn. 11), aus dem sich die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte entwickelt haben, ist der Präambel des EU-Vertrags erstmals durch den Lissabonner Reformvertrag hinzugefügt worden. Diese Neuerung, die zum Teil aus dem zweiten Absatz der Präambel der EU-Grundrechtecharta hervorgegangen ist, wonach sich die Union im Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes auf die unteilbaren und univer-

²⁶ Ausführlicher zum Verständnis dieser religiösen Referenz vgl. *Naumann*, S. 121 ff.

²⁷ *Zutr. Heintschel von Heinegg*, in: Vedder/Heintschel von Heinegg, *Europäisches Unionsrecht*, Präambel EUV, Rn. 2.

²⁸ Ausführlich zu den historischen Grundlagen und zur juristischen Interpretation des Gottesbezuges in der Präambel des deutschen Grundgesetzes vgl. *Dreier*, in: Dreier, GG, Präambel, Rn. 23; *Starck*, in: Starck (Hrsg.), *Kommentar zum Grundgesetz*, Bd. 1, 6. Aufl., 2010, Präambel, Rn. 36 ff.; *Vogt*, S. 15 ff.; mit rechtsvergleichenden Bezügen vgl. auch *Naumann*, S. 59 ff.

²⁹ Ausführlicher dazu vgl. etwa *Naumann*, S. 19 ff.; *Otoo*, S. 87 ff.

³⁰ Ausführlicher dazu vgl. etwa *Goerlich*, S. 9 (10); *Kotzur*, in: Niedobitek/Zemánek, S. 187 (191 f.); *Miliopoulos*, S. 35 (40 f.); näher zu diesem Themenkomplex vgl. auch *Heit*, ARSP 90 (2004), 461 (469 ff.); *Isensee*, JZ 2015, 745; *Kreß*, ZRP 2015, 152; *Riedel*, EuR 2005, 676; *Schambeck*, in: Tettinger/Stern, *EuGRCh*, Präambel B, Rn. 31 ff.; *Wägenbaur*, *EuZW* 2003, 609.

sellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität gründet sowie auf den Grundsätzen der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit beruht (s. Präambel GRC, Rn. 10 ff.), korrespondiert insbesondere mit Art. 2 EUV, der ebenfalls durch den Lissabonner Reformvertrag in das primäre Unionsrecht integriert worden ist und nunmehr – in einer für die immer mehr um sich greifende Einordnung der Europäischen Union als Wertegemeinschaft oder Werteunion³¹ ursächlichen bzw. mitverantwortlichen Weise – bestimmt, dass sich die Union auf verschiedene »Werte« in Gestalt der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und der Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören, gründet und dass diese Werte, denen unter anderem im nachbarschaftspolitischen Art. 8 EUV, im Sanktionsmechanismus nach Art. 7 EUV sowie im »Beitritts«-Art. 49 EUV eine besondere Bedeutung zugewiesen ist,³² allen Mitgliedstaaten in einer Gesellschaft gemeinsam sind, die sich durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern auszeichnet. Die genaue Konkretisierung dieser Unionswerte ist zum Teil äußerst schwierig.³³

Darüber hinaus verstärkt der 2. Erwägungsgrund in gewisser Weise das im **4. Erwägungsgrund** der EUV-Präambel bestätigte Bekenntnis der EU-Mitgliedstaaten zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Rechtsstaatlichkeit, das sich bereits in der Maastrichter Ursprungsfassung dieser Präambel finden ließ und durch die Änderungsverträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon unangetastet geblieben ist. Gleiches gilt für den **7. Erwägungsgrund**, der noch einmal den vorgenannten Grundsatz der Demokratie anspricht, indem dort der Wunsch der EU-Mitgliedstaaten zum Ausdruck gebracht wird, Demokratie und Effizienz in der Arbeit der Organe weiter zu verstärken, damit diese in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben in einem einheitlichen institutionellen Rahmen besser wahrzunehmen. Dieser Erwägungsgrund wird insbesondere in Art. 13 Abs. 1 Satz 1 EUV aufgegriffen, wonach die Union über einen institutionellen Rahmen verfügt, der zum Zweck hat, ihren Werten Geltung zu verschaffen, ihre Ziele zu verfolgen, ihren Interessen, denen der Bürgerinnen und Bürger und denen der Mitgliedstaaten zu dienen sowie die Kohärenz, Effizienz, und Kontinuität ihrer Politik und ihrer Maßnahmen sicherzustellen.

Zu den weiteren Erwägungsgründen der EU-Präambel, in denen ebenfalls tragende Grundsätze des Unionsrechts hervorgehoben werden, gehört sodann der **6. Erwägungsgrund**, in dem die EU-Mitgliedstaaten ihrem gemeinsamen Wunsch Ausdruck verleihen, die auch im zweiten Absatz der Präambel der EU-Grundrechtecharta angesprochene Solidarität zwischen ihren Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und

³¹ Zur heute durchaus üblichen und bereits vor dem Inkrafttreten des Lissabonner Reformvertrags weit verbreiteten Einordnung der EU als Wertegemeinschaft oder Werteunion siehe statt vieler und jeweils m. w. N. *Andrée*, Zielverpflichtende Gemeinwohlklauseln im AEU-Vertrag – Merkmale, Rechtswirkungen und kompetenzielle Bedeutung der sogenannten »Querschnittsklauseln« in einer Europäischen Wertegemeinschaft, 2014, S. 289 ff.; *Berthelet*, RDUE 2016, 315; *Borowsky*, DRiZ 2001, 275; *Calliess*, JZ 2004, 1033; *Herdegen*, S. 139 ff.; *Joas/Mandry*, S. 541 ff.; *Mandry*, S. 49 ff.; *Rensmann*, S. 49 ff.; *Speer*, DÖV 2001, 980; *Streinz*, in: Streinz, EUV/AEU, Präambel GR-Charta, Rn. 7.

³² Zu weiteren im EUV enthaltenen Bezugnahmen auf diese Werte vgl. Art. 3 Abs. 1 u. 5 EUV, Art. 13 Abs. 1 EUV und Art. 21 Abs. 2 Buchst. a EUV.

³³ Instruktiv dazu vgl. aus jüngerer Zeit etwa v. *Bogdandy/Ioannidis*, ZaöRV 2014, 283 (287 ff.); *Holterhus/Kornack*, EuGRZ 2014, 389, sowie die Kommentierung zu Art. 2 EUV.

ihrer Traditionen zu stärken. Dieser Erwägungsgrund, der im Vergleich mit dem dritten Absatz der Präambel der EU-Grundrechtecharta einige Gemeinsamkeiten und Unterschiede aufweist (s. Präambel GRC, Rn. 14 ff.), ließ sich zwar bereits in der Maastrichter Ursprungsfassung dieser Präambel finden und ist durch die Änderungsverträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon unberührt geblieben. Gleichwohl ist nicht zu übersehen, dass dem in 6. Erwägungsgrund angesprochenen Solidaritätsgrundsatz, der implizit oder sogar explizit auch durch zahlreiche andere Bestimmungen des primären Unionsrechts zum Ausdruck gebracht wird,³⁴ erst seit relativ kurzer Zeit verstärkte Aufmerksamkeit im europarechtlichen Schrifttum geschenkt wird³⁵ und dass dies zu einem großen Teil mit der seit 2008 andauernden Finanz-, Banken- und Staatsschuldenkrise in der Europäischen Union zusammenhängt.

- 15 Etwas anderes gilt indes für den 5. **Erwägungsgrund**, mit dem die Mitgliedstaaten die Bedeutung bestätigen, die sie den sozialen Grundrechten beimessen, wie sie in der am 18.10.1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta³⁶ und in der Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer vom 9.12.1989³⁷ festgelegt sind. Dieser Erwägungsgrund, der im engen Verbund mit der im ersten Satz des fünften Absatzes der Präambel der EU-Grundrechtecharta enthaltenen Bezugnahme auf die »von der Union und dem Europarat beschlossenen Sozialchartas« den permanenten Bedeutungszuwachs sozialer Grundrechte in der Unionsrechtsordnung³⁸ widerspiegelt, ist erst durch den Amsterdamer Vertrag in die EUV-Präambel integriert worden. Durch den späteren Reformvertrag von Lissabon ist dieser Erwägungsgrund nur geringfügig modifiziert worden, indem dort in Übereinstimmung mit der in Art. 1 Abs. 3 Satz 3 EUV enthaltenen Rechtsnachfolgeregelung (s. Art. 1 EUV, Rn. 65 f.) nunmehr von der »Unionscharta« der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer gesprochen wird, die in der

³⁴ Vgl. in diesem Kontext insb. Art. 2 Satz 2 EUV, Art. 3 Abs. 3 UAbs. 2. und 3 EUV, Art. 3 Abs. 5 EUV, Art. 24 Abs. 2 und 3 EUV, Art. 42 Abs. 7 EUV, Art. 122 Abs. 1 AEUV, Art. 174–178 AEUV, Art. 194 Abs. 1 AEUV, Art. 222 Abs. 1 AEUV, den zweiten Absatz der GRC-Präambel sowie *Hatje*, S. 73 ff.; *Hoffmeister*, S. 152 ff.; *Isak*, ZÖR 2015, 287; *Klanert*, ZÖR 2015, 265; *Knodt*, FS Müller-Graff, S. 1022 ff.; *Kunig*, S. 190 (198 f.); *Lais*, S. 91 ff.; *Steiner*, ZfRV 2013, 244 ff.; *Weiß*, ZÖR 2015, 403.

³⁵ Exemplarisch dazu vgl. insb. die zahlreichen Beiträge in *Calliess* (Hrsg.), *Europäische Solidarität und nationale Identität – Überlegungen im Kontext der Krise im Euroraum*, 2013; in *Kadelbach* (Hrsg.), *Solidarität als Europäisches Rechtsprinzip?*, 2014; und in *Knodt/Tews* (Hrsg.), *Solidarität in der Europäischen Union*, 2014; sowie jeweils m. w. N. *Blanke/Pilz*, EuR 2014, 541; *Calliess*, ZEuS 2011, 213; *ders.*, in: *Calliess/Kahl/Schmalenbach*, S. 63 (65 ff.); *Häde*, EuR 2010, 854; *Hilpold*, EuR 2016, 373; *Mückenberger*, EuR 2014, 369 (389 ff.); *Potacs*, EuR 2013, 133.

³⁶ BGBl. 1964 II S. 1262, zuletzt geändert durch die Änderungsbekanntmachung zur Europäischen Sozialcharta v. 3. 9. 2001, BGBl. II S. 970; ausführlicher zur Bedeutung dieser Charta im Recht der EU und ihrer Mitgliedstaaten vgl. nur *Knospe*, ZESAR 2015, 449; *de Schutter*, RTDE 26 (2015), 259.

³⁷ KOM (89) 248 endg.

³⁸ Zur Entwicklung, Bedeutung und Pluralität sozialer Grundrechte in der Unionsrechtsordnung vgl. *Bungenberg*, *EnzEuR*, Bd. 2, § 17, Rn. 1 ff.; *Eichenhofer*, *Soziale Menschenrechte im Völker-, europäischen und deutschen Recht*, 2012, S. 147 ff.; *ders.*, *VSSR* 2014, 29 (71 ff.); *Iliopoulos-Strangas*, *Soziale Grundrechte in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union im Rechtsvergleich unter Berücksichtigung des Europäischen Rechts*, in: *dies.* (Hrsg.), *Soziale Grundrechte in Europa nach Lissabon – Eine rechtsvergleichende Untersuchung der nationalen Rechtsordnungen und des europäischen Rechts*, 2010, S. 699 ff.; *Winner*, *Die Europäische Grundrechtecharta und ihre soziale Dimension*, 2005, S. 120 ff.; sowie *Bernsdorff*, *VSSR* 2001, 1 ff.; *Geesmann*, *Soziale Grundrechte im deutschen und französischen Verfassungsrecht und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union*, 2005, S. 15 ff.; *Lenaerts/Foubert*, *LIEI* 28 (2001), 267 ff.; *Langenfeld*, *Gehören soziale Grundrechte in die Grundrechtecharta?*, *FS Ress*, 2005, S. 599 ff.; *Krebber*, *RdA* 2009, 224; *Seifert*, *EuZA* 2013, 299.

Amsterdamer Ursprungsfassung dieses Erwägungsgrundes noch als »Gemeinschaftscharta« bezeichnet worden ist.

Weitere Kerngrundsätze des Unionsrechts werden schließlich im oben bereits an anderer Stelle (s. Rn. 8) erwähnten **13. Erwägungsgrund** der EUV-Präambel hervorgehoben, mit dem die EU-Mitgliedstaaten ihrer Entschlossenheit Ausdruck verleihen, den Prozess der Schaffung einer immer engeren Union der Völker Europas weiterzuführen, in der die Entscheidungen entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip möglichst bürgernah getroffen werden. Dieser Erwägungsgrund ist zum einen mit Art. 1 Abs. 2 EUV verbunden, der unter anderem das Verfassungsprinzip bzw. die Entscheidungs-, Handlungs- und Organisationsmaxime der Bürgernähe zum Gegenstand hat (s. Art. 1 EUV, Rn. 52 ff.). Zum anderen berührt dieser Erwägungsgrund in zentraler Weise den Regelungsgehalt des Art. 5 Abs. 3 EUV, der im Verbund mit dem (Vertrags-)Protokoll Nr. 2 über die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit³⁹ das vor allem für die Ausübung der nicht zu den ausschließlichen Unionszuständigkeiten gehörenden Kompetenzen bedeutsame Subsidiaritätsprinzip konkretisiert (s. Art. 5 EUV, Rn. 51 ff.),⁴⁰ welches in zusätzlicher Weise im ersten Satz des fünften Absatzes der Präambel der EU-Grundrechtecharta bekräftigt wird (s. Präambel GRC, Rn. 19 u. 23). 16

4. Erwägungsgründe zu einigen bedeutsamen Politikbereichen und Verfassungszielen der Union

In den anderen fünf Erwägungsgründen der EUV-Präambel werden schließlich einige besonders bedeutsame Politikbereiche und Verfassungsziele der Union hervorgehoben. Den Anfang markiert dabei der **8. Erwägungsgrund**, mit dem die EU-Mitgliedstaaten ihrer Entschlossenheit Ausdruck verleihen, die Stärkung und die Konvergenz ihrer Volkswirtschaften herbeizuführen, die auch den zentralen Gegenstand der Absätze 2–5 der AEUV-Präambel (s. Rn. 1) bilden, sowie eine Wirtschafts- und Währungsunion zu errichten, die im Einklang mit diesem Vertrag und dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union eine einheitliche, stabile Währung einschließt und die in maßgeblicher Weise durch die Art. 119–144 AEUV ausgeformt wird. Diese von der Maastrichter Ursprungsfassung dieses Erwägungsgrundes abweichende Einbeziehung des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist auf den Lissabonner Reformvertrag zurückzuführen und dem Umstand geschuldet, dass der EU-Vertrag und der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union nach Art. 1 Abs. 3 Satz 1 EUV die gemeinsame Grundlage der Union bilden (s. Art. 1 EUV, Rn. 61 f.) und diese beiden Verträge nach Art. 1 Abs. 3 Satz 2 EUV rechtlich gleichrangig sind (s. Art. 1 EUV, Rn. 63 f.). 17

Der **9. Erwägungsgrund** reflektiert sodann den »festen Willen« der EU-Mitgliedstaaten, im Rahmen der gemäß Art. 3 Abs. 3 UAbs. 1 Satz 1 EUV zu den fundamentalen Verfassungszielen der Union gehörenden Verwirklichung des Binnenmarkts⁴¹ sowie der 18

³⁹ ABl. 2012, L 326/206; näher zu diesem Protokoll vgl. statt vieler *Bickenbach*, EuR 2013, 523 (528 ff.); *Pechstein*, Die neue Subsidiaritätsklage: Die Interessen nationaler Parlamente in der Hand des EuGH, in: *ders.* (Hrsg.), Integrationsverantwortung, 2012 (Schriften des Frankfurter Instituts für das Recht der Europäischen Union, Bd. 2), S. 135 ff.

⁴⁰ Zur These, wonach das im 13. Erwägungsgrund der EUV-Präambel angesprochene Subsidiaritätsprinzips im Vergleich zu dem in Art. 5 Abs. 3 EUV niedergelegten Subsidiaritätsprinzip eine größere Reichweite habe, vgl. *Streinz*, in: *Streinz*, EUV/AEUV, Präambel EUV, Rn. 4.

⁴¹ Ausführlich zur Genese und zur Interpretation des unionsrechtlichen Binnenmarkt-begriffes sowie zu den normativen Kernbestandteilen des hier angesprochenen Binnenmarkt-konzepts vgl.

Stärkung des Zusammenhalts und des Umweltschutzes den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Völker unter Berücksichtigung des Grundsatzes der nachhaltigen Entwicklung zu fördern und Politiken zu verfolgen, die gewährleisten, dass Fortschritte bei der wirtschaftlichen Integration mit parallelen Fortschritten auf anderen Gebieten einhergehen. Diese von der Maastrichter Ursprungsfassung dieses Erwägungsgrundes abweichende Bezugnahme auf den primär umweltpolitischen Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung, die sich in ähnlicher Weise auch in der Präambel der EU-Grundrechtecharta finden lässt (s. Präambel GRC, Rn. 16), ist auf den Amsterdamer Vertrag zurückzuführen, der für eine insbesondere auch in der heute in Art. 11 AEUV niedergelegten (umweltrechtlichen) Querschnittsklausel sichtbar werdende Aufwertung des Umweltschutzes in der Unionsrechtsordnung gesorgt hat.⁴²

- 19 Dem folgt der **10. Erwägungsgrund**, mit dem die EU-Mitgliedstaaten ihre Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, eine gemeinsame Unionsbürgerschaft für die Staatsangehörigen ihrer Länder einzuführen, die nach mittlerweile gefestigter Rechtsprechung des Unionsrichters dazu bestimmt ist, der grundlegende Status der Staatsangehörigen der EU-Mitgliedstaaten im Anwendungsbereich des Unionsrechts zu sein, der es denjenigen unten ihnen, die sich in der gleichen Situation befinden, erlaubt, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und unbeschadet der insoweit ausdrücklich vorgesehenen Ausnahmen die gleiche rechtliche Behandlung zu genießen.⁴³ Dieser auf die Einführung der Unionsbürgerschaft für die Staatsangehörigen aller EU-Mitgliedstaaten rekurrende Erwägungsgrund, der bereits in der Maastrichter Ursprungsfassung der EUV-Präambel enthalten war und heute insbesondere durch Art. 9 EUV i.V.m. den Art. 20–25 AEUV sowie durch einige in der EU-Grundrechtecharta niedergelegte Unionsbürger-Grundrechte ausgeformt wird, ist durch die späteren Änderungsverträge

m. w. N. *Nowak*, EuR-Beih. 1/2009, 129; sowie *Blanke*, *The Economic Constitution of the European Union*, in: *ders./Mangiameli* (Hrsg.), *The European Union after Lisbon – Constitutional Basis, Economic Order and External Action*, 2012, S. 369 ff.; *Griller*, *Wirtschaftsverfassung und Binnenmarkt*, FS Rill, 2010, S. 1 ff.; *Hatje*, in: v. Bogdandy/Bast, *Europäisches Verfassungsrecht*, S. 801 ff.; *Müller-Graff*, *EnzEuR*, Bd. 1, § 9, Rn. 1 ff.

⁴² Näher dazu sowie zu den Kernbestandteilen und einigen Grundfragen der durch den Lissaboner Reformvertrag nur geringfügig modifizierten Umweltverfassung der EU vgl. m. w. N. *Nowak*, *Umweltschutz als grundlegendes Verfassungsziel und dauerhafte Querschnittsaufgabe der Europäischen Union*, in: *ders.* (Hrsg.), *Konsolidierung und Entwicklungsperspektiven des Europäischen Umweltrechts*, 2015, S. 25 ff.; *ders.*, NuR 2015, 306 ff.

⁴³ GrdG. EuGH, Urt. v. 20. 9. 2001, Rs. C–184/99 (Grzelczyk), Slg. 2001, I–6193, Rn. 31; u. a. bestätigt in EuGH, Urt. v. 2. 3. 2010, Rs. C–135/08 (Rottmann), Slg. 2010, I–1449, Rn. 43; Urt. v. 8. 3. 2011, Rs. C–34/09 (Ruiz Zambrano), Slg. 2011, I–1177, Rn. 41; Urt. v. 11. 11. 2014, Rs. C–333/13 (Dano), ECLI:EU:C:2014:2358, Rn. 58. Ausführlich zur Entwicklung sowie zu den Zielen und Komponenten des unionsrechtlichen Konzepts der Unionsbürgerschaft, die einem Prozess der permanenten Fortentwicklung insbesondere durch den Unionsrichter unterliegt, vgl. jeweils m. w. N. die zahlreichen Beiträge in Schroeder/Obwexer (Hrsg.), *20 Jahre Unionsbürgerschaft: Konzept, Inhalt und Weiterentwicklung des grundlegenden Status der Unionsbürger*, EuR-Beih. 1/20015; sowie *Hilpold*, EuR 2015, 133 ff.; *Höfler*, *Die Unionsbürgerfreiheit: Ansprüche der Unionsbürger auf allgemeine Freizügigkeit und Gleichheit unter besonderer Berücksichtigung sozialer Rechte*, 2009, S. 19 ff.; *Horspool*, *The Concept of Citizenship in the European Union*, in: *ders./Mangiameli* (Hrsg.), *The European Union after Lisbon – Constitutional Basis, Economic Order and External Action*, 2012, S. 279 ff.; *Kadelbach*, in: v. Bogdandy/Bast, *Europäisches Verfassungsrecht*, S. 611 ff.; *Kotalakidis*, *Von der nationalen Staatsangehörigkeit zur Unionsbürgerschaft – Die Person und das Gemeinwesen*, 2000, S. 136 ff.; *Schönberger*, *Unionsbürger: Europas föderales Bürgerrecht in vergleichender Sicht*, 2005, S. 272 ff.; *Skouris*, in: Calliess/Kahl/Schmalenbach, S. 147 ff.; *Thym*, NJW 2015, 130 ff.; *ders.*, E.L.Rev. 40 (2015), 249; *Wollenschläger*, *EnzEuR*, Bd. 1, § 8, Rn. 1 ff.; *ders.*, NVwZ 2014, 1628.

vom Amsterdam, Nizza und Lissabon vollkommen unangetastet geblieben. Durch den zweiten Absatz der Präambel der EU-Grundrechtecharta erschließt sich, dass die im 10. Erwägungsgrund der EUV-Präambel angesprochene Einführung einer gemeinsamen Unionsbürgerschaft im Verbund mit dem im 12. Erwägungsgrund dieser Präambel angesprochenen Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (s. Rn. 21) vor allem dazu bestimmt ist, den Menschen in den Mittelpunkt des Handelns der Union zu stellen.⁴⁴

Der nachfolgende Erwägungsgrund der EUV-Präambel bringt zum einen die Entschlossenheit der EU-Mitgliedstaaten zum Ausdruck, eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu verfolgen, die vor allem durch die Art. 23–41 EUV näher ausgeformt wird. Zum anderen verdeutlicht dieser **11. Erwägungsgrund**, dass zur Verfolgung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik »nach Maßgabe des Artikels 42 auch die schrittweise Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik gehört, die zu einer gemeinsamen Verteidigung führen könnte, und so die Identität und Unabhängigkeit Europas zu stärken, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt zu fördern«. Diese Formulierung stimmt weitgehend mit dem 10. Erwägungsgrund der EUV-Präambel in der Fassung des Amsterdamer Vertrags überein, der die Maastrichter Ursprungsfassung dieses Erwägungsgrundes damals insoweit veränderte, als er für eine Ersetzung des in dieser Ursprungsfassung einst enthaltenen und auf die Festlegung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik bezogenen Zusatzes »auf längere Sicht« durch das Wort »schrittweise« sorgte. Von dem 10. Erwägungsgrund der EUV-Präambel in der Fassung von Nizza, die wortgleich mit dem 10. Erwägungsgrund der EUV-Präambel in der Fassung des Amsterdamer Vertrags übereinstimmte, weicht der 11. Erwägungsgrund der EUV-Präambel in der Fassung des Lissabonner Reformvertrags nur insoweit ab, als dort nunmehr auf Art. 42 EUV Bezug genommen wird, bei dem es sich um die »Nachfolger«-Bestimmung des im 10. Erwägungsgrund der EUV-Präambel in den Fassungen des Amsterdamer Vertrags und des Vertrags von Nizza angesprochenen Art. 17 EUV handelt.

Verschiedene Veränderungen hat im Laufe der vergangenen Jahre schließlich auch der **12. Erwägungsgrund** der EUV-Präambel in der Fassung des Lissabonner Reformvertrags erfahren. Dieser Erwägungsgrund ist aus dem 10. Erwägungsgrund der Maastrichter Ursprungsfassung dieser Präambel hervorgegangen, in dem die Gründerstaaten der Union seinerzeit ihr Ziel bekräftigten, »die Freizügigkeit unter gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit ihrer Bürger durch die Einfügung von Bestimmungen über Justiz und Inneres in diesen Vertrag zu fördern«. Abweichend davon bringen die EU-Mitgliedstaaten im 12. Erwägungsgrund der EUV-Präambel in der Fassung des Lissabonner Reformvertrags nunmehr ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, »die Freizügigkeit unter gleichzeitiger Gewährleistung der Sicherheit ihrer Bürger durch den Aufbau eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nach Maßgabe der Bestimmungen dieses Vertrags und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union zu fördern«. Dieser 12. Erwägungsgrund, der insbesondere durch die in Art. 3 Abs. 2 EUV i. V. m. Art. 67–89 AEUV enthaltenen Regelungen über den maßgeblich auf den Amsterdamer Vertrag zurückzuführenden und durch den Lissabonner Reformvertrag par-

⁴⁴ Instruktiv zu der in den vergangenen Jahren erfolgten Aufwertung der Stellung des Einzelnen im Anwendungsbereich des Unionsrechts vgl. m. w. N. *Saurer*, Der Einzelne im europäischen Verwaltungsrecht, 2014, S. 12 ff.; zur damit verbundenen Einordnung der Grundrechte als Basis des europäischen Integrationsprozesses vgl. *Lenaerts*, EuGRZ 2015, 353.

tiell reformierten Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts⁴⁵ ausgeformt wird, entspricht nahezu wortgleich dem 11. Erwägungsgrund der EUV-Präambel in der Fassung des Vertrags von Nizza, der wiederum in wortgleicher Übereinstimmung mit dem 11. Erwägungsgrund der EUV-Präambel in der Fassung des Amsterdamer Vertrags und abweichend vom 12. Erwägungsgrund der EUV-Präambel in der Fassung des Lissabonner Reformvertrags nur den EU-Vertrag anspricht, während die letztgenannte Fassung sowohl auf den EU-Vertrag als auch auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union Bezug nimmt. Diese Veränderung ist dem Umstand geschuldet, dass die beiden vorgenannten Verträge nach Art. 1 Abs. 3 Satz 1 EUV die gemeinsame Grundlage der Union bilden und nach Art. 1 Abs. 3 Satz 2 EUV rechtlich gleichrangig sind (s. Art. 1 EUV, Rn. 61–64).

C. Funktionen und rechtliche Bedeutung der EUV-Präambel

- 22 Bei der Beantwortung der Frage nach den wesentlichen Funktionen und der rechtlichen Bedeutung der EUV-Präambel kann nur in begrenzter Weise auf die bisherige Rechtsprechung des in Art. 19 EUV angesprochenen Gerichtshofs der EU und des früheren Gemeinschaftsrichters zurückgegriffen werden. Bezug genommen haben sie in ihrer zurückliegenden **Rechtsprechungspraxis** zwar bereits mehrfach auf die jeweils unterschiedlichen Präambeln etwa des damaligen EWG-Vertrags,⁴⁶ der Einheitlichen Europäischen Akte,⁴⁷ des EG-Vertrags,⁴⁸ des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäi-

⁴⁵ Näher zur Entwicklung dieses regelmäßigen Reformanstrengungen unterliegenden Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sowie zu den diesbezüglichen Neuerungen, die der Lissabonner Reformvertrag mit sich gebracht hat, vgl. nur *Bauer*, Organisation und rechtlicher Rahmen des Politikfelds Inneres und Justiz nach dem Vertrag von Lissabon, in: Weidenfeld (Hrsg.), Lissabon in der Analyse – Der Reformvertrag der Europäischen Union, 2008, S. 99 ff.; *Hailbronner*, Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in: Hummer/Obwexer (Hrsg.), Der Vertrag von Lissabon, 2009, S. 361 ff.; *Kampfer*, Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, in: Marchetti/Demesmay (Hrsg.), Der Vertrag von Lissabon – Analyse und Bewertung, 2010, S. 73 ff.; *Lenaerts*, I. C. L. Q. 59 (2010), 255; *Monar*, Die politische Konzeption des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts: Vom Amsterdamer Vertrag zum Verfassungsentwurf des Konvents, in: Müller-Graff (Hrsg.), Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, 2005, S. 29 ff.; *Müller-Graff*, EuR-Beih. 1/2009, 105; *Nowak*, Europarecht, S. 255 ff.; *Ruffert*, Der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts nach dem Reformvertrag – Kontinuierliche Verfassungsgebung in schwierigem Terrain, in: Pernice (Hrsg.), Der Vertrag von Lissabon: Reform der EU ohne Verfassung?, 2008, S. 169 ff.; *Suhr*, Die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen, in: Fastenrath/Nowak (Hrsg.), Der Lissabonner Reformvertrag – Änderungsimpulse in einzelnen Rechts- und Politikbereichen, 2009, S. 299 ff.

⁴⁶ Vgl. nur EuGH, Urt. v. 5.2.1963, Rs. 26/62 (Van Gend & Loos), Slg. 1963, 1 (24); Urt. v. 13.7.1966, Rs. 32/65 (Italien/Rat u. Kommission), Slg. 1966, 389 (483); Urt. v. 13.7.1966, verb. Rs. 56 u. 58/64 (Consten u. Grundig/Kommission), Slg. 1966, 299 (388).

⁴⁷ Vgl. etwa EuGH, Urt. v. 16.7.2009, Rs. C–344/08 (Rubach), Slg. 2009, I–7033, Rn. 30; EuG, Urt. v. 15.12.2010, Rs. T–141/08 (E.ON Energie/Kommission), Slg. 2010, II–5761, Rn. 238; Urt. v. 25.10.2011, Rs. T–348/08 (Aragonesas Industrias y Energía/Kommission), Slg. 2011, II–7583, Rn. 94; Urt. v. 12.7.2011, Rs. T–132/07 (Fuji Electric/Kommission), Slg. 2011, II–4091, Rn. 89; Urt. v. 29.3.2012, Rs. T–336/07 (Telefónica u. a./Kommission), Rn. 73.

⁴⁸ Vgl. nur EuGH, Urt. v. 15.4.2008, Rs. C–268/06 (Impact), Slg. 2008, I–2483, Rn. 112; Urt. v. 23.4.2009, verb. Rs. C–378/07 bis C–380/07 (Angelidaki u. a.), Slg. 2009, I–3071, Rn. 112; m. w. N. vgl. *Kulow*, S. 28 ff.

schen Union⁴⁹ und der EU-Grundrechtecharta⁵⁰ sowie auf zahlreiche weitere Präambeln verschiedener Sekundärrechtsakte,⁵¹ einzelner Protokolle,⁵² bestimmter Auslegungsbekanntmachungen der Kommission,⁵³ diverser völkerrechtlicher Verträge oder Abkommen⁵⁴ und sonstiger Übereinkommen.⁵⁵ Die Präambel des EU-Vertrags jedoch ist in der bisherigen Rechtsprechung des Gerichtshofs der EU und des damaligen Gemeinschaftsrichters – soweit ersichtlich – noch nicht angesprochen worden. Dies ist in erster Linie auf den damaligen Art. 46 EUV i. d. F. von Nizza zurückzuführen,⁵⁶ der bis zum Inkrafttreten des Lissabonner Reformvertrags dafür gesorgt hat, dass der Unionsrichter in Bezug auf den EU-Vertrag nur über stark begrenzte Jurisdiktionskompetenzen verfügte und dass insoweit vor allem auch die EUV-Präambel in ihrer seinerzeit gültigen Fassung außerhalb seiner Kompetenzen lag.⁵⁷ Dieser Zustand ist aber mit Ausnahme der

⁴⁹ Vgl. insbesondere EuGH, Urt. v. 10. 6. 2010, verb. Rs. C–395/08 u. C–396/08 (INPS), Slg. 2010, I–5119, Rn. 30; Urt. v. 22. 10. 2013, verb. Rs. C–105/12 bis C–107/12 (Essent u. a.), Rn. 58; mit einer weiteren Bezugnahme auf die Präambel des AEUV vgl. die Schlussanträge der Generalanwältin *Kokott* vom 17. 11. 2011 in der Rs. C–393/10 (Dermod Patrick O’Brien), Rz. 42.

⁵⁰ Vgl. EuGÖD, Urt. v. 26. 10. 2006, Rs. F–1/05 (Landgren), Slg. 2006, I–A–1–123, Rn. 71; mit weiteren Bezugnahmen auf die Präambel der EU-Grundrechtecharta vgl. etwa die Schlussanträge des Generalanwalts *Jääskinen* vom 15. 7. 2010 in der Rs. C–147/08 (Römer), Rz. 130 i. V. m. der dort angesprochenen Fußn. 66; die Schlussanträge des Generalanwalts *Mengozi* vom 2. 9. 2010 in der Rs. C–279/09 (DEB), Rz. 99; die Schlussanträge der Generalanwältin *Trstenjak* vom 8. 9. 2011 in der Rs. C–282/10 (Maribel Dominguez), Rz. 102 u. 127; sowie die Schlussanträge des Generalanwalts *Bot* vom 2. 10. 2012 in der Rs. C–399/11 (Strafverfahren gegen Stefano Melloni), Rz. 107 u. 138.

⁵¹ Vgl. nur EuG, Urt. v. 22. 4. 2010, verb. Rs. T–274/08 u. T–275/08 (Italien/Kommission), Slg. 2010, II–1233, Rn. 44; EuGH, Urt. v. 11. 4. 2013, Rs. C–290/12 (Oreste Della Rocca), ECLI:EU:C:2013:235, Rn. 36 ff.; Urt. v. 26. 11. 2014, Rs. C–22/13 (Mascolo u. a.), ECLI:EU:C:2014:2401, Rn. 68 ff.

⁵² Vgl. EuGH, Urt. v. 17. 11. 2011, Rs. C–430/10 (Gaydarov), Slg. 2011, I–11637, Rn. 35 (Präambel des sog. Schengen-Protokolls); mit einer weiteren Bezugnahme auf das Protokoll Nr. 30 über die Anwendung der Charta der Grundrechte der Europäischen Union auf Polen und das Vereinigte Königreich vgl. die Schlussanträge der Generalanwältin *Kokott* vom 15. 12. 2011 in der Rs. C–489/10 (Łukasz Marcin Bonda), Rz. 23.

⁵³ Exemplarisch vgl. EuG, Urt. v. 12. 2. 2014, Rs. T–81/12 (Beco/Kommission), ECLI:EU:T:2014:71, Rn. 50.

⁵⁴ Exemplarisch vgl. EuGH, Urt. v. 3. 6. 2008, Rs. C–308/06 (Intertanko u. a.), Slg. 2008, I–4057, Rn. 54 ff. (Präambel des am 10. 12. 1982 in Montego Bay unterzeichneten Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen); Urt. v. 6. 5. 2010, Rs. C–63/09 (Walz), Slg. 2010, I–4239, Rn. 31 (Präambel des am 28. 5. 1999 in Montreal geschlossenen Übereinkommens zur Vereinheitlichung bestimmter Vorschriften über die Beförderung im internationalen Luftverkehr); Urt. v. 9. 11. 2010, verb. Rs. C–57/09 u. C–101/09 (Deutschland/B), Slg. 2010, I–10979, Rn. 82 (Präambel der Charta der Vereinten Nationen); EuGH, Urt. v. 16. 12. 2010, Rs. C–137/09 (Josemans), Slg. 2010, I–13019, Rn. 38 (Präambel des am 30. 3. 1961 in New York geschlossenen Einheits-Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Suchtstoffe in der durch das Protokoll von 1972 zur Änderung des Einheits-Übereinkommens von 1961 geänderten Fassung); Urt. v. 15. 12. 2011, Rs. C–257/10 (Bergström), Slg. 2011, I–13227, Rn. 27, und Urt. v. 27. 2. 2014, Rs. C–656/11 (Vereinigtes Königreich Großbritannien u. a./Rat der EU), ECLI:EU:C:2014:97, Rn. 55 (Präambel des Abkommens zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit); Urt. v. 21. 12. 2011, Rs. C–366/10 (Air Transport Association of America u. a.), Slg. 2011, I–13755, Rn. 57 (Präambel des Chicagoer Abkommens); Urt. v. 19. 9. 2013, Rs. C–579/12 RX-II (Kommission/Strack), ECLI:EU:C:2013:570, Rn. 44 (Präambel der Satzung der WHO).

⁵⁵ Exemplarisch vgl. EuGH, Urt. v. 6. 10. 2009, Rs. C–133/08 (ICF), Slg. 2009, I–9687, Rn. 22 f. (Präambel des Übereinkommens über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht).

⁵⁶ Zutr. *Terhechte*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, EU, Präambel EUV (Mai 2014), Rn. 13.

⁵⁷ So auch vgl. *Herrnfeld*, in: Schwarze (Hrsg.), EU-Kommentar, Art. 46 EUV, Rn. 20.

EUV Präambel

in den Art. 275 und 276 AEUV geregelten Sonderregelungen, mit denen die Jurisdiktionskompetenzen des Unionsrichters im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie im Zusammenhang mit der Kontrolle mitgliedstaatlicher Maßnahmen der Polizei und der Strafverfolgungsbehörden etwas eingeschränkt werden,⁵⁸ durch den Lissabonner Reformvertrag weitgehend überwunden worden.⁵⁹ Dies verdeutlicht insbesondere der neuartige Art. 19 Abs. 3 EUV, der – vorbehaltlich der in den Art. 275 und 276 AEUV enthaltenen Sonderregelungen – für eine grundsätzlich das gesamte Unionsrecht erfassende und insoweit rechtsschutzeffektuierende Erweiterung der Zuständigkeit der unionalen Gerichtsbarkeit sorgt⁶⁰ und dabei unter anderem sicherstellt, dass auch die EUV-Präambel i. d. F. von Lissabon, die mit Blick auf Art. 31 Abs. 2 der Wiener Vertragsrechtskonvention als ein integraler Bestandteil des EU-Vertrags eingeordnet werden muss⁶¹ und damit dem Unionsrecht zuzuordnen ist, von der Jurisdiktionskompetenz des Gerichtshofs der EU erfasst wird. Insofern ist damit zu rechnen, dass das bisherige Schweigen des Unionsrichters im Hinblick auf die EUV-Präambel schon bald – zumindest mittelfristig – der Vergangenheit angehören wird. Hierfür spricht letztendlich auch der Umstand, dass die EUV-Präambel in jüngerer Zeit immerhin bereits zunehmende Beachtung in diversen Schlussanträgen und Stellungnahmen einzelner an diesem Gerichtshof tätiger Generalanwälte und Generalanwältinnen gefunden hat.⁶²

- 23 Einklagbare subjektive Rechte oder konkrete Rechts- bzw. Vertragspflichten lassen sich aus der in der bisherigen Rechtsprechung des Unionsrichters unerwähnt gebliebenen EUV-Präambel nicht ableiten.⁶³ Insofern besteht die erste Hauptfunktion dieser Präambel, die vor allem einen politisch-programmatischen Charakter hat⁶⁴ und darüber hinaus im Sinne einer **Identifikationsfunktion** zum Teil auch als ein nicht unwichtiges Verbindungsglied zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern eingeordnet wird,⁶⁵ zunächst einmal darin, im Verbund mit den beiden anderen Präambeln des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union und der EU-Grundrechtecharta (s.

⁵⁸ Kritisch zu diesen z. T. bedenklichen Jurisdiktionsausnahmen vgl. *Barents*, CMLRev. 47 (2010), 709 (717f.); *Leczykiewicz*, E.L.Rev. 35 (2010), 326; *Nehl*, Das EU-Rechtsschutzsystem, in: Fastenrath/Nowak (Hrsg.), Der Lissabonner Reformvertrag – Änderungsimpulse in einzelnen Rechts- und Politikbereichen, 2009, S. 149 (160f.).

⁵⁹ In diesem Sinne vgl. auch *Streinz*, in: Streinz, EUV/AEUV, Präambel EUV, Rn. 19.

⁶⁰ Ausführlicher dazu vgl. etwa *Barents*, CMLRev. 47 (2010), 709 (718f.); *Carruthers*, EHRLR 2009, 784 (800ff.); *Esser*, StRR 2010, 133 (134ff.); *Lenaerts*, I. C. L. Q. 59 (2010), 255 (265).

⁶¹ So auch *Heintschel v. Heinegg*, in: Vedder/Heintschel v. Heinegg, Europäisches Unionsrecht, Präambel EUV, Rn. 2; *Heit*, ARSP 90 (2004), 461 (463); *Terhechte*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, EU, Präambel EUV (Mai 2014), Rn. 9.

⁶² Vgl. dazu insbesondere die GA *Kokott*, Schlussanträge zu Rs. C-346/08 (Kommission/Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland), Rz. 17; GA *Bot*, Schlussanträge zu Rs. C-364/10 (Ungarn/Slowakei), Rz. 58; GA *Kokott*, Schlussanträge zu Rs. C-260/11 (The Queen, auf Antrag von David Edwards u. a./Environment Agency u. a.), Rz. 40 i. V. m. der dort angesprochenen Fußn. 31; GA *Kokott*, Schlussanträge zu Rs. C-370/12 (Pringle), Rz. 142; sowie GA *Kokott*, Schlussanträge zu Rs. C-298/12 (Confédération paysanne), Rz. 30 i. V. m. der dort angesprochenen Fußn. 20.

⁶³ Dies scheint weitgehend unstrittig zu sein, vgl. nur *Geiger*, in: Geiger/Khan/Kotzur, EUV/AEUV, Präambel EUV, Rn. 1; *Kadelbach*, in: GSH, Europäisches Unionsrecht, Präambel EUV, Rn. 4; *Streinz*, in: Streinz, EUV/AEUV, Präambel EUV, Rn. 17; *Terhechte*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, EU, Präambel EUV (Mai 2014), Rn. 9 u. 11.

⁶⁴ In diesem Sinne vgl. auch *Terhechte*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, EU, Präambel EUV (Mai 2014), Rn. 2.

⁶⁵ In diesem Sinne vgl. etwa *Otoo*, S. 224, mit der weiteren These, dass die Präambeln des europäischen Primärrechts eine Möglichkeit für die Bürger schaffen, sich mit der Europäischen Union zu identifizieren.

Rn. 1) die hinter der Gründung dieser Union stehenden Motive, Erfahrungen und Wünsche, ihre wichtigsten Werte sowie ihre wesentlichen Ziele und Verfassungsgrundsätze in verständlicher Weise darzulegen, um auf diese Weise zugleich die Quintessenz aller nachfolgenden Vertragsbestimmungen zusammenzufassen und zu verdeutlichen. Im Hinblick auf diese **Verdeutlichungs-, Zusammenfassungs- und Appellfunktion** unterscheidet sich die EUV-Präambel zunächst einmal von den in der Rechtsprechung des Unionsrichters und in den dazugehörigen Schlussanträgen einzelner Generalanwälte relativ häufig angesprochenen Präambeln verschiedener Sekundärrechtsakte etwa in Gestalt von Richtlinien und Verordnungen im Sinne des Art. 288 AEUV,⁶⁶ die mit den darin enthaltenen Erwägungsgründen primär der Erfüllung der aus Art. 296 Abs. 2 AEUV resultierenden Verpflichtung des Unionsgesetzgebers zur Begründung der von ihm erlassenen Rechtsakte zu dienen bestimmt sind und dem Unionsrichter darüber hinaus als Grundlage für die Beurteilung der Gültigkeit dieser Rechtsakte dienen.⁶⁷ Gleichwohl teilen die Präambeln unionaler Sekundärrechtsakte und die EUV-Präambel eine auffallende Gemeinsamkeit insoweit, als die erstgenannten Präambeln in der Regel das Ziel und/oder den Zweck eines EU-Rechtsakts verdeutlichen und in diesem Fall bei der Auslegung seiner verfügbaren Bestimmungen berücksichtigt werden,⁶⁸ während die EUV-Präambel mit ihren zahlreichen Erwägungsgründen (s. Rn. 6–21) nach ganz vorherrschender Auffassung für die – insbesondere historische und teleologische – Auslegung aller nachfolgenden Vertragsartikel herangezogen werden kann.⁶⁹

Die insoweit als konsensfähig zu bezeichnende Einstufung der **EUV-Präambel als Auslegungshilfe** bei der Interpretation und Anwendung unionsrechtlicher Bestimmungen, die in gewisser Weise der vorherrschenden Einstufung der das deutsche Grundgesetz einleitenden Präambel als Auslegungshilfe in Bezug auf grundgesetzliche Einzelbestimmungen⁷⁰ sowie der unumstrittenen Einordnung der EMRK-Präambel als Interpretations- bzw. Auslegungshilfe in Bezug auf die ihr nachfolgenden Konventionsbestimmungen⁷¹ ähnelt, dürfte unter Berücksichtigung der bisherigen Rechtspre-

24

⁶⁶ Vgl. nur EuG, Urt. v. 22. 4. 2010, verb. Rs. T–274/08 u. T–275/08 (Italien/Kommission), Slg. 2010, II–1233, Rn. 44; GA Kokott, Schlussanträge zu Rs. C–17/10 (Toshiba Corporation u. a.), Rz. 90; GA Bot, Schlussanträge zu Rs. C–277/11 (M.M./Minister for Justice, Equality and Law Reform, Irland, Attorney General), Rz. 19; GA Kokott, Schlussanträge zu Rs. C–234/12 (Sky Italia), Rz. 29.

⁶⁷ Vgl. etwa EuGH, Urt. v. 19. 9. 2002, Rs. C–336/00 (Huber), Slg. 2002, I–7699, Rn. 35 f.; Urt. v. 9. 9. 2004, Rs. C–304/01 (Spanien/Kommission), Slg. 2004, I–7655, Rn. 50 ff.

⁶⁸ Vgl. etwa EuGH, Urt. v. 20. 9. 2001, Rs. C–184/99 (Grzelczyk), Slg. 2001, I–6193, Rn. 44; Urt. v. 16. 10. 2007, Rs. C–411/05 (Palacios de la Villa), Slg. 2007, I–8531, Rn. 42 u. 44.

⁶⁹ In diesem weitgehend unstreitigen Sinne vgl. nur *Heintschel v. Heinegg*, in: Vedder/Heintschel v. Heinegg, Europäisches Unionsrecht, Präambel EUV, Rn. 2; *Kadelbach*, in: GSH, Europäisches Unionsrecht, Präambel EUV, Rn. 4; *Otoo*, S. 223; *Rengeling/Szczekalla*, Grundrechte, § 3, Rn. 190; *Streinz*, in: Streinz, EUV/AEUV, Präambel EUV, Rn. 18; *Terhechte*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, EU, Präambel EUV (Mai 2014), Rn. 10 ff.

⁷⁰ Zu dieser allg. anerkannten Hauptfunktion der Präambel des deutschen Grundgesetzes vgl. jeweils m. w. N. *Leisner*, in: Sodan (Hrsg.), Grundgesetz, 2009, Präambel, Rn. 1; *Otoo*, S. 188 ff.; *Starck* (Fn. 28), Präambel, Rn. 30; instruktiv zum normativen Gehalt dieser Präambel vgl. ferner *Dreier*, in: Dreier, GG, Präambel, Rn. 23 ff.; *Naumann*, S. 36 ff.; *Schoepke*, S. 156 ff. Entsprechend für landesverfassungsrechtliche Präambeln vgl. *Dreier*, in: Dreier, GG, Präambel, Rn. 21 f.; sowie exempl. *Haltern/Manthey*, in: Epping/Butzer/Brosius-Gersdorf/Haltern/Mehde/Waechter (Hrsg.), Hanoverscher Kommentar zur Niedersächsischen Verfassung – Handkommentar, 2012, Präambel, Rn. 1 ff.

⁷¹ Zu der in der Rechtsprechung des EGMR erfolgenden Heranziehung der EMRK-Präambel als Auslegungshilfe bei der Interpretation und Anwendung einzelner Konventionsbestimmungen vgl. m. w. N. *Frowein*, in: Frowein/Peukert, EMRK, Präambel, Rn. 6.

EUV Präambel

chung des Unionsrichters zu den in den früheren Gründungsverträgen der Europäischen Gemeinschaften und im Vertrag über die Arbeitsweise der EU enthaltenen Präambeln in erster Linie dadurch zum Tragen kommen, dass sich die EUV-Präambel argumentativ zur zusätzlichen Absicherung der meist bereits unter Rückgriff auf andere Vertragsbestimmungen generierten oder generierbaren Auslegungsergebnisse sowie zur Bestätigung der Existenz und/oder der hohen Wertigkeit bestimmter Verfassungsziele und Rechtsgrundsätze der Union einsetzen lässt,⁷² wovon in jüngeren Schlussanträgen einzelner Generalanwältinnen und Generalanwälte auch bereits Gebrauch gemacht worden ist⁷³ und wofür es gerade auf dem Gebiet der nach Art. 19 Abs. 1 EUV grundsätzlich zulässigen Rechtsfortbildung,⁷⁴ im Zusammenhang mit der Ausübung hoheitlicher Ermessensspielräume⁷⁵ sowie im Anwendungsbereich der in Art. 352 Abs. 1 AEUV niedergelegten Kompetenzabrundungs- oder Flexibilitätsklausel⁷⁶ in bestimmten Einzelfällen durchaus ein konkretes Bedürfnis geben kann.

⁷² Vgl. in diesem Kontext insb. EuGH, Urt. v. 5.2.1963, Rs. 26/62 (Van Gend & Loos), Slg. 1963, 1 (24); Urt. v. 13.7.1966, Rs. 32/65 (Italien/Rat u. Kommission), Slg. 1966, 389 (483); Urt. v. 15.4.2008, Rs. C-268/06 (Impact), Slg. 2008, I-2483, Rn. 112 ff.; Urt. v. 23.4.2009, verb. Rs. C-378/07 bis C-380/07 (Angelidaki u. a.), Slg. 2009, I-3071, Rn. 112; Urt. v. 10.6.2010, verb. Rs. C-395/08 u. C-396/08 (INPS), Slg. 2010, I-5119, Rn. 30 ff.; Urt. v. 22.10.2013, verb. Rs. C-105/12 bis C-107/12 (Essent u. a.), ECLI:EU:C:2013:677, Rn. 58.

⁷³ Vgl. insbesondere GA *Kokott*, Schlussanträge zu Rs. C-346/08 (Kommission/Vereinigtes Königreich Großbritannien und Nordirland), Rz. 17; GA *Bot*, Schlussanträge zu Rs. C-364/10 (Ungarn/Slowakei), Rz. 58; GA *Kokott*, Schlussanträge zu Rs. C-260/11 (The Queen, auf Antrag von David Edwards u. a./Environment Agency u. a.), Rz. 40 i. V. m. der dort angesprochenen Fußn. 31; GA *Kokott*, Stellungnahme zu Rs. C-370/12 (Pringle), Rz. 142; sowie GA *Kokott*, Schlussanträge zu Rs. C-298/12 (Confédération paysanne), Rz. 30 i. V. m. der dort angesprochenen Fußn. 20.

⁷⁴ Zur denkbaren Aktivierung dieser Präambel auf dem Gebiet der Rechtsfortbildung vgl. auch *Kadelbach*, in: GSH, Europäisches Unionsrecht, Präambel EUV, Rn. 4.

⁷⁵ Zur denkbaren ermessenssteuernden bzw. ermessenslenkenden Bedeutung der EUV-Präambel vgl. auch *Kadelbach*, in: GSH, Europäisches Unionsrecht, Präambel EUV, Rn. 4; *Terhechte*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, EU, Präambel EUV (Mai 2014), Rn. 10.

⁷⁶ Näher zur umstrittenen, aber in rechtspraktischer Hinsicht kaum vordringlichen Frage nach der Einsetzbarkeit der EUV-Präambel im Anwendungsbereich des Art. 352 Abs. 1 AEUV vgl. jeweils m. w. N. *Otoo*, S. 151 ff.; *Terhechte*, in: Grabitz/Hilf/Nettesheim, EU, Präambel EUV (Mai 2014), Rn. 14.